



Breslauer Zeitung, Nr. 397, Morgen-Ausgabe. Achtundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Vertrieb: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 397. Morgen-Ausgabe.

Achtundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Sonnabend, den 11. Juni 1887.

Die Freiheit der Advokatur. *)

Die deutsche Rechts-Anwalts-Ordnung hat noch nicht das erste Decennium ihres Bestehens zurückgelegt und bereits macht sich eine rückläufige Bewegung geltend, die darauf gerichtet ist, die Freigabe der Advokatur als einen legislativischen Mißgriff zu kennzeichnen. Aus der Mitte der in Berlin jungirenden Anwälte heraus ist nämlich — wie wir bereits berichtet — eine Petition in Umlauf gesetzt worden, worin die Staatsgewalt angerufen wird, Sauteln zu schaffen, damit die gesetzliche Freiheit der nötigen Correctur nicht länger entbehre.

Wer mit den einschlägigen Verhältnissen nicht vertraut ist, könnte dadurch leicht zu dem Schluß gedrängt werden, als hätte eine verhältnismäßig kurze Spanne Zeit ausgereicht, um in den beteiligten Kreisen die Ueberzeugung hervorzurufen, daß das wichtigste Princip, auf welchem die deutsche Rechtsanwalts-Ordnung beruht — die Freiheit der Advokatur — mit den Bedürfnissen der Rechtspflege in Widerspruch stehe. So liegen indes die Dinge nicht.

Der unbefangene Beobachter wird vielmehr zugestehen müssen, daß die Freigabe der Advokatur dem Stande viele strebsame, junge Kräfte zugeführt hat, welche an Tüchtigkeit und Lauterkeit des Charakters die Concurreren mit den Collegen, die unter anderen Zeitverhältnissen groß geworden sind, getrost aufnehmen können. Der Stand der Anwälte ist somit, wie wir meinen, weder in seinen Leistungen noch in seiner Integrität zurückgegangen. Wenn man dagegen einwenden wollte, daß hiermit die Erfahrung insofern in Widerspruch stehe, als innerhalb des letzten Jahrzehnts in vorher unerhörter Anzahl Anwälte genötigt waren, sich strafrechtlich verantworten zu müssen, so ist dem entgegenzuhalten, daß auch die staatliche Anstellung nicht im Stande gewesen wäre, dem ausreißend vorzubeugen. Die Vergrößerung des Kreises hätte die Gefahr des Eindringens von unlauteren Elementen von selbst vergrößert. Denn darüber darf man sich nicht täuschen, daß die Ausübung des anwaltlichen Berufes schwere Verurteilungen mit sich führt, welchen bisweilen selbst diejenigen unterliegen sind, welche das ihnen vorher anvertraut gewesene Staats- oder Communal-Amt untadelhaft verwaltet hatten. Würde man die Statistik zu Rathe ziehen, so würde es sich unschwer herausstellen, daß nicht selten Anwälte die Anklagebank besprungen haben, welche sich als Richter oder Verwaltungsbeamte des allgemeinen Vertrauens erfreut hatten, so daß für die Justizverwaltung, wäre die Anwaltschaft Staatsamt geblieben, kein Grund vorzulegen hätte, sie bei ihren Bewerbungen zu übergehen. Der Beruf des Anwaltes ist eben mit größeren stillen Gefahren verbunden. Wer als Verwaltungsbeamter hang zeigt, über seine Vermögensverhältnisse hinaus zu leben oder als Richter der Versuchung nicht widerstehen kann, sich hinter einen Richter zu verstecken, um ab und zu aus Geschäften auf gemeinschaftliche Rechnung leichten Gewinn zu ziehen, mag sich schlimmstenfalls der Gefahr disciplinärer Abfindung aussetzen, mit dem Strafgesetze wird er dagegen erst dann in Conflict gerathen, wenn ihm fremdes Vermögen ohne Controle auf Jahre hinaus anvertraut oder ihm Gelegenheit geboten wird, persona supposita ein ihm angetragenes Mandat zu fructificiren.

Selbstverständlich werden die im anwaltlichen Beruf liegenden Verurteilungen um so größer, je weniger auskömmlich sich seine Erwerbsverhältnisse gestalten. Die hieraus originirende Calamität kann leicht im Laufe der Zeiten Dimensionen annehmen, daß das Vertrauen zu dem ganzen Stande erschüttert wird, so daß der Gesetzgeber darauf Bedacht nehmen muß, durch Reorganisationen Remedur herbeizuführen. So schlimm ist es indes bei uns nicht bestellt; die Besorgnis aber, daß etwa die Zukunft uns das noch bringen könnte, was die Gegenwart uns erspart, vermögen wir in Rücksicht darauf, daß der Anwalt bei uns die Qualifikation zum Richteramt haben muß und daß die Disciplinargerichte ihre Schuldigkeit thun, nicht zu theilen. Jedenfalls haben wir es z. B. nur mit Singularitäten zu thun, die keinen Anlaß zum Generalisiren bieten.

Aus dem Gesagten erhellt zugleich, daß diejenigen, welche sich gegen die oben erwähnte Petition aussprechen, die Beweisführung zu leicht nehmen, wenn sie einwenden, daß, wollte man ihr Statt geben, die Sachlage sich nur dem Schein nach ändern würde. Bei dem Ueberfluß von Assessoren, so deducten sie, würde dadurch nur der Effect erreicht werden, daß die Juristen, die bei der freien Advokatur unter dem Titel „Rechtsanwalt“ Noth leiden würden, bei veränderter Gesetzgebung unter dem eines Assessors die gleiche Misere ertragen müßten. Dabei wird jedoch der wesentliche Unterschied übersehen, daß der Nothstand, wenn er im Assessorat herrscht, eine, wenngleich recht beklagenswerthe, res domestica bleibt, daß er dagegen zu einer allgemeinen Calamität answillt, wenn er in den Stand der Anwaltschaft zurückgeht. Die Erwerbsverhältnisse innerhalb des Standes der Anwälte sind hinübergreifend. Mit andern Worten: Die Rückwirkung, welche Anwälte auf die außerhalb desselben stehenden Personentreise, auf das rechtsuchende Publikum, ausübt, und die daraus resultirende Gefahr, daß der Anwalt den obersten Grundsatz für seine Pflichterfüllung, wonach das Interesse der sich an ihn wendenden Partei ihm höher stehen muß als das eigene, nicht mehr zur Richtschnur seines Verhaltens mache, wird dabei völlig ignorirt.

Umgekehrt machen sich diejenigen die Beweisführung zu schwer, welche, der facile convenus folgend, die Freiheit der Advokatur als das Palladium der Unabhängigkeit des Standes preisen. Denn selbst wenn es richtig wäre, daß der Anwalt dadurch „nach oben“ unabhängig gestellt werde, so wird doch dabei nicht erwogen, daß er in gleicher Weise der Unabhängigkeit „nach unten“ bedarf. Wer ängstlich um des lieben täglichen Brotes willen darüber zu wachen hat, daß ihm nicht der eine oder andere Mandant aus seiner kärglichen Clientel „abspringt“, befindet sich nach unserer Ueberzeugung in einer weit trostloseren Abhängigkeit als der, welcher um seiner politischen Mißliebigkeit willen sich vermindert sieht, eine Anstellung als Anwalt überhaupt zu erlangen. Jedemfalls widerlegt die Erfahrung evident das hieraus entlehnte Argument. Zu keinen Zeiten hat sich nämlich der Anwaltsstand unabhängiger gefühlt als in denen, in

welchen die Anwaltschaft ein Staatsamt war; denn wenn auch zunächst damit nur die Unabhängigkeit vom Publikum gewonnen war, so wirkt edoch das Unabhängigkeitsgefühl, einmal erwacht, darüber hinaus zurück: Der Muth, für seine Ueberzeugung einzustehen, den die Sorge um das tägliche Brot nicht aufkommen ließe, war aus dem Bewußtsein eines wohl fundirten Einkommens heraus zum Allgemeingut des ganzen Standes geworden.

Noch weit weniger können wir denen beistimmen, welche der grauen Theorie zu Liebe lehren, daß die Freiheit der Advokatur ein Bollwerk für die Freiheit des Volkes überhaupt sei, denn dadurch werde es Beamten, welche sich politisch mißlieblich gemacht hätten, ermöglicht, in den Anwaltsstand hinüberzutreten und ihre Ueberzeugung weiter zu verfechten. Die Praxis weiß davon so gut wie nichts zu berichten. Im Gegentheil hatte früher der Glanz des Standes Richter in den höheren und höchsten Stellungen angelockt, ihr Amt mit dem eines Anwaltes zu vertauschen. Gegenwärtig ist eher die rückläufige Bewegung zu beobachten; es wird als eine Bevorzugung angesehen, wenn ein Anwalt Wiederaufnahme in den Justizdienst findet. Ueberhaupt ist es abwegig, eine Singularität als Norm für den Gesetzgeber hinzustellen.

Wären die eben bekämpften Argumente richtig, so würde man von vornherein vor einem doppelten Räthsel stehen: es bliebe unaufgeklärt, warum die Unterzeichner der Petition, die Anwälte selber, die Regierung bitten sollten, ihnen ein so kostbares Gut, wie die Unabhängigkeit, zu nehmen, und warum die Regierung sich nicht beeilt, zuzugreifen, um einen ihr gewissermaßen auferroirten Machtzuwachs zu erlangen.

Die Sache liegt vielmehr weit einfacher. Die Freiheit der Advokatur beruht auf keinem anderen Grunde als auf dem der Gewerbefreiheit überhaupt, nämlich auf dem, daß dadurch das vorhandene Bedürfnis am einfachsten und zweckmäßigsten befriedigt wird. Damit ist zugleich der Gesichtspunkt gefunden, von dem aus die rückläufige Bewegung die Zurückweisung bedarf; sie läuft darauf hinaus, den Gesetzgeber dafür zu gewinnen, die Interessen eines einzelnen Standes höher zu stellen als die des allgemeinen Wohles.

Schließlich möchten wir die Aufmerksamkeit nur noch auf einen Punkt hinlenken, der zeitler, wie es uns scheint, wenig Beachtung gefunden hat. Die Freiheit der Advokatur stellt auch an das rechtsuchende Publikum erhöhte Ansprüche; denn von dem Augenblicke an, wo der Staat durch die Anstellung des Anwaltes nicht mehr eine gewisse Garantie für seine Integrität bietet, hat derjenige, der sich genötigt sieht, sich nach einem Rechtsbeistand umzusehen, den Mann seines Vertrauens frei zu wählen und dann bei der Wahl Diligenz zu prästiren. Es wäre deshalb nicht uninteressant, zu untersuchen, ob in den Fällen, in denen in den letzten Jahren die Strafkammern die unerfreuliche Aufgabe gehabt haben, über einen Anwalt zu richten, die Geschädigten sich ihrer Pflicht, gegenüber dem Wechsel der Gesetzgebung auf eigene Verantwortung hin die ihnen frommende Wahl zu treffen, bewußt gewesen sind.

Dr. L. C.

Deutschland.

● Berlin, 9. Juni. [Die Kurpfuscherei.] Die Berliner medicinische Gesellschaft hat gestern mit 168 gegen 164 Stimmen beschlossen, die Wiederherstellung des Verbotes der gewerbmäßigen Kurpfuscherei durch Aufnahme bezüglicher Bestimmungen in das Strafgesetzbuch zu befürworten. Wenngleich zu der Minderheit Männer von so ausgesprochener Parteirichtung wie die Professoren Birchow und Mendel gehören, so läßt sich doch kaum behaupten, daß die Mehrheit von engherzigen ästhetischen Gesichtspunkten ausgegangen sei. Weit aus die meisten Mitglieder der medicinischen Gesellschaft, sowohl diejenigen der Mehrheit wie diejenigen der Minderheit, gehören der freisinnigen Partei an. Indessen sind die Ansichten über die Haltung des Staates gegenüber der Kurpfuscherei von jeher getheilt gewesen. Wir haben jüngst an dieser Stelle der Verhandlungen gedacht, welche im Jahre 1880 ebenfalls über diesen Gegenstand in der Berliner medicinischen Gesellschaft stattgefunden haben. Die Discussionen sind später von dem jüngst verstorbenen Dr. Paul Börner herausgegeben und mit Einleitung und Nachtrag versehen worden. Damals wurde der Antrag, welcher jetzt angenommen ist, mit 82 gegen 60 Stimmen abgelehnt. Indessen unter den Antragstellern finden wir eine ganze Reihe von Namen, deren Träger notorisch der Fortschrittspartei angehören. Somit vermögen wir auch dem gestrigen Beschlusse eine politische Bedeutung nicht eigentlich beizumessen. Ob im Uebrigen die Gesetzgebung dem Beschlusse Folge geben werde, ist vorerst zu bezweifeln. Die Kurpfuscherei findet wie der Aberglaube in weiten Kreisen theoretische Verurtheilung und praktische Unterstützung. Wir lesen noch heute in den Empfehlungen einer Augensalbe durch einen Kurpfuscher amtliche Briefe von Hofseforden, in welchen bestätigt wird, daß König Friedrich Wilhelm IV. sich dieser Augensalbe mit Erfolg bedient habe. Wir lesen in den Reclamen anderer Kurpfuscher unansehnliche Altste von Herzögen, Fürsten, Ministern, Generalen über die angeblich unzweifelhaft erreichten Heilerfolge. Wir wissen, daß gewisse adelige Damenliste aus Milderthätigkeit allerlei Geheimmittel gegen unzählige Krankheiten unentgeltlich abgeben. So lange diese und ähnliche Thatsachen nicht aus der Welt zu schaffen sind, so lange dürfte auch der Kampf gegen die gewerbmäßige Kurpfuscherei vergebens sein. Auf der anderen Seite allerdings scheint es in keiner Weise gerechtfertigt, daß die Behörden neuerdings zugelassen haben, daß bekannte Kurpfuscher geradezu als Krankenkassenärzte angestellt wurden. Dadurch erhält die Kurpfuscherei nicht nur eine gewisse Beschönigung, sondern eine amtliche Billigung. Endlich aber ist es ein gerechtes Verlangen der Ärzte, daß sie bei der Verübung von Kunstfehlern nicht schlimmer gestellt seien als die Kurpfuscher. Es ist thätiglich vorgekommen, daß der Kurpfuscher Becker, dessen Name sich an den Tod der berühmten Tänzerin Adele Granow knüpft, mit einer außerordentlich leichten Strafe davontkam, weil das Gericht seine Unkenntnis als mildernden Umstand gelten ließ. Birchow hat schon vor langen Jahren ausgeführt, daß umgekehrt von Rechtswegen der Kurpfuscher die Vermuthung der mala fides gegen sich, der Arzt die Vermuthung der bona fides für sich haben müsse. Wir halten den Beschluß der Berliner medicinischen Gesellschaft für praktisch ohne Bedeutung; denn

ob ein gesetzliches Verbot der Kurpfuscherei besteht oder nicht, gelbt wird dieselbe immer. In allen Provinzen kennt man kluge Schäfer und „kluge Frauen“, welche gemeinlich ohne Entgelt curiren, aber reiche Geschenke für ihre Dienste keineswegs ablehnen. So ist es zur Zeit, da das strafrechtliche Verbot der Kurpfuscherei bestand, gewesen, so wird es sein, wenn dieses Verbot wieder in Kraft gesetzt wird. Im Ubrigen können sich die Gegner dieses Verbots darauf berufen, daß doch hin und wieder auch von Laien bedeutende Erfolge auf medicinischem Gebiete erzielt sind. Wir erinnern uns, noch in diesem Jahre das Zeugniß eines berühmten Berliner Klinikers gelesen zu haben, welches einem Laien Kurzerfolge bestätigte, welche er selbst, der gelehrte Professor, nicht erzielt hatte. So läßt sich denn Manches für und Manches gegen den Beschluß der Berliner medicinischen Gesellschaft sagen; unser eigenes Urtheil aber fassen wir dahin zusammen, daß uns einweislen der zwingende Beweis für die Nothwendigkeit und Nützlichkeit des strafrechtlichen Verbots der Kurpfuscherei keineswegs erbracht zu sein scheint.

[Kerzestammern.] Durch Allerhöchste Verordnung vom 25. Mai, betreffend die Einrichtung einer ärztlichen Standesvertretung, ist die Bildung von Kerzestammern angeordnet. Zu Ausführung der Verordnung und speciell der Bestimmungen der §§ 4 und 6, bringt der Polizei-Präsident im Auftrage des Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg durch Verordnung vom 7. d. M. zur Kenntniß der Aerzte des Stadtkreises Berlins, daß die Liste der Wahlberechtigten in der Registratur I. A. des Polizei-Präsidentiums (Mollenmarkt 1, Erdgesch., Zimmer 56) während der Dienststunden, Vormittags 9 bis 4 Uhr Nachmittags, in den Tagen vom 17. bis 30. Juni ausliegen wird. Einwendungen gegen die Liste sind innerhalb 14 Tagen nach beendeter Auslegung bei dem Polizei-Präsidentium anzubringen.

[Die Schädigung Nordhausens durch die neue Branntweinsteuerverordnung.] Die in einer Petition der städtischen Behörden an den Reichstag wie folgt geschildert: „Schädlich und auf die Gesundheit nachtheilig wirkt der in einzelnen Gegenden, namentlich aber in großen Bezirken des Ostens, zum Verkauf und Genuß gelangende, aus ungeräthigtem süßhaltigen Spiritus und Wasser hergestellte Branntwein. Nordhausen verbraucht bei seiner Fabrication in Verbindung mit dem aus selbst eingemaishtem Getreide gewonnenen Product nur ganz feinen, bestgereinigten Spirit, und der Nordhäuser Branntwein ist deshalb von dem schädlich wirkenden Fusel ganz frei. Ueber 70 Brennerei-Etablissements beschäftigen sich hier mit der Herstellung und dem Verkauf eines jährlichen Quantums von mehr als 50 Millionen Liter dieses Branntweins. Der zehnte Theil des ganzen im Inlande zum Consum gelangenden Spiritus wird als rectificirter Spirit in Nordhausen zu Branntwein verarbeitet. — Eine große Anzahl von Industriellen, Gewerben, Handwerfern und Handlungen, wie Spiritfabriken, Mälzereien, Getreidegeschäfte und Mälzmaschinenfabriken, vornehmlich das zahlreiche Böttzergewerbe, aber auch Bauhandwerker, Schlosser, Sattler, Stellmacher, Schmiede, Kupfergeschmiede u. s. w., Eisen- und Kohlenhandlungen und Spediteure — sie alle stehen mit dem Branntweindrennereibetriebe im engsten Zusammenhange. Geht nun, wie vorauszuweisen, in Folge des geplanten hohen Steuerjahres von 70 Pf. der Umsatz des Branntweins um ein Drittel, möglicherweise um die Hälfte zurück, so muß zum Schaden des Stadtladels auch die Steuerkraft aller direct oder indirect an dem Gewerbe Beteiligten vermindert, muß die Zahl der Steuerzahler verringert, muß der Werth der Grundstücke und Gebäude in der Stadt herabgedrückt werden.“

[Ueber dem Schicksal der Kunstbutter-Vorlage.] schwebt immer noch ein gewisses Dunkel. Die Regierung hat die Beschlüsse der Commission an zwei Punkten bekämpft, sie hat die Umwandlung der Bezeichnung „Kunstbutter“ in Margarine für überflüssig und unnütz erklärt und sie hat — und zwar in der schärfsten Weise — die Aufrechterhaltung des Verbots der Milchbutter für unannehmbar bezeichnet. Herr von Bötticher hat versichert, daß, wenn der Reichstag bei seinen Beschlüssen beharrte, die Vorlage leicht zu Falle kommen könnte. Dessen ungeachtet ist von agrarischer Seite erklärt worden, daß nur das Verbot der Milchbutter dem Gesetze für „landwirthschaftliche“ Kreise überhaupt eine Bedeutung gebe, und es ist dann auch angedeutet worden, daß trotz der von Herrn v. Bötticher abgegebenen Erklärungen der Bundesrath sich schließlich auch mit dem Verbot der Milchbutter einverstanden erklären würde. Das diese und ähnliche Versicherungen lediglich einen taktischen Zweck verfolgten, liegt auf der Hand. Die Abstimmungen bei der zweiten Lesung sind vor einem Hause erfolgt, dessen Beschlußfähigkeit nicht ganz sicher war. Es galt also bei derartigen Anklagungen, auf diejenigen Mitglieder des Hauses einen Eindruck zu machen, die mit der Tendenz der Regierungsvorlage, für die Naturbutter einen Schutz zu schaffen, ohne doch der Kunstbutter-Production das Feld abzugeben, einverstanden waren. Und zugleich soll natürlich auch ein gewisser Druck auf die Regierung ausgeübt werden. Es ist dringend zu wünschen, daß die Regierung sich derartigen Verurtheilungen gegenüber fester zeigen möge. Die Kreuzzeitung, die in der ganzen Frage die Wortführerin des Agrarismus gewesen ist, bringt jetzt wieder einen Artikel, der sich wie reiner Hohn ausnimmt. „Die Herstellung der Milchbutter“, so heißt es in demselben, „beruht auf völlig ungesunder Grundlage, indem sie die Möglichkeit zu einer weitergehenden Ausbeutung des großen Publikums gewährt.“ Und weiter bekommt man in dem Artikel zu lesen, daß das Verbot, für Butter Kunstbutter zu verwenden, die Fabrication nur anspornen würde, die Ersatzmittel für Butter immer weiter zu verbessern. Gelänge das letztere wirklich, so würde die Kreuzzeitung die erste sein, die nach einem absoluten Verbote dieser Ersatzmittel rief. Die erste Behauptung aber steht offenbar mit den Thatsachen im Widerspruch. Die Herstellung der Milchbutter beruht, wie auch seitens der Regierung anerkannt ist, auf völlig gesunder Grundlage. Es ist darum ganz unverständlich, wie man dazu kommen soll, die Verbesserung eines Consumartikels zu verbieten. Mit der Aufrechterhaltung des Verbots der Milchbutter würde eine Keimung in unsere Gesetzgebung eingeführt, die leicht zu den bedenklichsten Consequenzen führen könnte. In der Hand der Regierung liegt es, einen Schritt zu verhindern, von dem sie selbst zugegeben, daß er verhängnißvoll werden könnte.

● Berlin, 9. Juni. [Berliner Neuigkeiten.] Durch eine überraschend einfache List ist einer der berühmtesten „Leichenfresser“, ein bereits mehrfach bestraffter Arbeiter Krause, dingfest gemacht worden. Ein pensionirter Schutzmann, der den K. in bringenden Verdacht hatte, einen seiner Bekannten, während derselbe im Treptower Park auf einer Bank eingeschlafen, beraubt zu haben, setzte sich am Dienstag, ausnehmend um zu schlafen, auf eine Bank im genannten Park, während sich 5 handfeste Freunde von ihm in der Nähe im Gebüsch als Succurs in Hinterhalt legten. Bald darauf erschien auch der ermarterte K. und als er den Schlafenden erblickte, ging er auf denselben zu, legte ihm leise die Hand auf die Schulter und erklärte demselben mit lauter Stimme, daß er der Parkwächter sei und hier Niemandem gestattet dürfe zu schlafen. Trotz dem schnarchte der Polizeibeamte ruhig weiter. K., nunmehr überzeugt, daß ein ein Erwachen nicht so bald zu denken sei, entledigte ihn mit schnellem Griff seiner Uhr und wollte sich dann aus dem Schlaube machen, aber in diesem Moment erhob sich der Schlafende und gleichzeitig kürzten die fünf Freunde aus ihrem Versteck hervor, der Pseudo-Parkwächter wurde ergriffen und nach der nächsten Polizeiwache geschafft.

● Posen, 10. Juni. [Cultusminister Dr. von Gopler] traf Donnerstag, den 9. d. M., um 2 Uhr Nachmittags mit dem Courierzuge von Berlin in Schneidemühl ein. Der Minister begab sich, wie die „Pos. Ztg.“ berichtet, nach dem Stadtverordnetenversammlungssaale, woselbst die Mitglieder des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung, der evangelischen, katholischen und jüdischen Schulvorstände, so-

*) Unser ständiger juristischer Mitarbeiter weicht in der Begründung mehrfach von den Artikeln ab, die wir über die nämliche Frage gebracht haben. Die hier angeregten neuen Gesichtspunkte dürften jedoch das Interesse unserer Leser erregen. (D. Red.)

wie die Beamten des Magistrats versammelt waren. Nach stattgehabter Vorstellung der einzelnen Personen richtete der Herr Minister an die Versammlung eine Ansprache, in welcher derselbe, nach dem Berichte der erwähnten Zeitung, hervorhob, daß es sein sehnlichster Wunsch sei, die Confectionsschulen in der Provinz Posen in Communalsschulen umgewandelt zu sehen, wie dies schon in einigen Provinzen mit bestem Erfolg geschehen sei.

Stettin, 8. Juni. Ueber eine interessante Verhandlung in der heutigen Sitzung der I. Strafkammer berichtet die „N. Stett. Ztg.“: In den Kirchen zu Gütrow und Curow war seit den Monaten Januar und Februar d. J. ein junger Geistlicher als Hilfsprediger thätig, der die Gemeinden durch seine Predigten so anzuziehen verstand, daß die Kirchen stets gefüllt waren, wenn er die Kanzel zu besteigen hatte. Zugleich rief es dabei eine große Aufregung hervor, als eines Tages im Februar der beliebte Prediger verschwand, um die Kanzel mit einer Stelle im hiesigen Gefängnisse zu vertauschen. Gestern stand jener Geistliche, der sich als früherer Handlungslehrling Johann Kienast von hier, Sohn eines hiesigen Schuhmachermeisters, entpuppte, unter der Anklage, unbefugte Titel und Würden angenommen, zwei Betrügereien verübt, zwei weitere Betrügereien versucht und eine Unterschlagung von 10 M. 90 Pf. begangen zu haben. Kienast, 1867 zu Greifenhagen geboren, hatte die hiesige Bürgerstraße in der Wasserstraße besucht, nachdem seine Eltern hierher verzogen waren. Nachdem K. 1880 die Schule verlassen hatte, ging er nach Berlin, um im nächsten Jahre hierher zurückzukehren. Er besuchte abermals ein halbes Jahr lang die erste Klasse der genannten Schule und trat 1882 bei der Handlung Schulze u. Helfft hier in die Lehre. Nach anderthalbjähriger Lehrzeit trat ihn wegen Schlechtheit eine einwöchentliche Gefängnisstrafe. Er hatte nämlich zwei Schreibern, welche die Postbriefkasten bestohlen hatten, die von den entwendeten Briefen abgerissenen Marken abgekauft. Nun wurde K. nach seiner Angabe bei der „Deutschen Fischereizeitung“ hier beschäftigt, arbeitete außerdem für conservativere Zeitungen und schrieb u. a. einen Artikel für die „Vom Reichspost“. Unter dem Vorgeben, sich zum Predigtamt auszubilden zu wollen, suchte er sich Johann mit hiesigen Geistlichen bekannt zu machen, und erlangte dann auch im Jahre 1885 auf Fürsprache Aufnahme in das Johannisstift zu Berlin, um als Missionär ausgebildet zu werden. Aber schon am Ende des Jahres wurde er wegen Trägheit und hochmüthigen Benehmens wieder entlassen. Er blieb in Berlin zurück, miethete sich als Cand. theol. bey. Stud. theol. bei Leuten ein, schrieb für Tagesblätter und lehrte im October 1886 nach Stettin zurück. Hier nun begann er eine Thätigkeit zu entfalten, die ihn schließlich auf die Anklagebank führte. Unter dem Vorgeben, er sei zum Prediger an der St. Matthäuskirche in Newyork gewählt, führte er sich in geistlichen Kreisen ein, suchte um die Genehmigung nach, Bibelschulen abhalten zu dürfen, ging in einem Lutherkirche einher und ließ sich etwa vier Wochen später bei einem auswärtigen Superintendenten einführen. Diefem stellte er sich als Candidat der Theologie vor, der seine Studien beendet habe, wurde liebevoll aufgenommen, verkehrte mit anderen geistlichen Herren, u. a. mit dem Pastor Brede in Gütrow, und sprach die Absicht aus, bald nach Amerika zu gehen, weil er zur Abendzeit sein Predigtamt in Newyork anzutreten habe. Bisitenkarten mit dem Titel: „Dr. phil., Privatdocent an theologischen Collegium zu Newyork“ führte er bereits bei sich. Der erwähnte Superintendent schenkte seinem Gast einen alten Lalar. Mit diesem angethan, die Bibel in der Hand, ließ sich Kienast in Stettin photographiren. Anfangs December wurde K. von dem 91 Jahre alten Pastor Brede-Gütrow, der an den Angaben desselben nicht zweifelte, als Gast aufgenommen. Er fungirte in den zur Parochie gehörigen beiden Kirchen als Prediger, nahm auch noch verschiedene andere Amtsbesprechungen vor, ja theilte sogar das Abendmahl aus. Von Herrn Brede hatte er außer der Verpflegung mehrfach kleinere Gelddarlehne erhalten. Unter dem Vorgeben der baldigen Abreise nach Newyork erschiedeste K. von einem Mühlenmeister Lenz 100 M., für welche Herr Brede Bürgschaft leistete. Den Schuldschein unterzeichnete K. mit „Prediger an St. Matthäus in Newyork“. Auch an Commerzienrath Quistorf hatte sich K. brieflich um ein Darlehn von 450 M. zu gleichem Zwecke gewandt, hatte auch das Geld erhalten, wenn nicht die Anweisung an den Kassirer überlesen worden wäre. Graf Kraffow-Dewitz wurde gleichfalls um ein Darlehn von 300 Mark angegangen, lehnte aber ab; auch ein späteres Gesuch um 60 Mark fand keine Berücksichtigung. Herr Dr. Kleinigünter, dem sich K. als Candidat der Theologie vorstellte, erbat er um 400 Mark als Darlehn zur Reise, wurde aber ebenfalls abgewiesen. Bei den Unterredungen mit diesem Herrn gab K. zu erkennen, daß er sich auch einige medicinische Kenntnisse erworben habe, und entlieh einen „Hörner“, um einen Kranken untersuchen zu können. Er erschien mit brennender Cigarre, bot Herrn Dr. K. eine „sehr feine Wistonscigarre“ an und trug eine dreifache Zudringlichkeit in seinem Benehmen zur Schau.

Ein Sturmhauf gegen das Wiener Burgtheater.

Wien, 8. Juni 1887.

Zwei unserer einflussreichsten Zeitungen, die „Neue Freie Presse“ und das „Neue Wiener Tageblatt“ verlangen mit altem Nachdruck, daß das „Haus des Kaisers“, das Nationaltheater Josephs II., nach den traurigen Katastrophen der letzten Jahre, insbesondere nach den Schreckensbotschaften aus Paris, sofort wegen Feuergefährlichkeit geschlossen werden solle. Bis zur Eröffnung des neuen Burgtheaters, meinen diese Blätter, könne ja das Hoftheater in die Oper überföhrt werden: die Rücksicht auf die allgemeine Sicherheit, so sagen die Wortführer dieser Ansicht, lohne es schon, getrost auf ein paar Hunderttausend Gulden zu verzichten, welche der Leitung der Hofbühne natürlich dadurch entgehen, daß fortan nur noch die halbe Zahl der bisher möglichen Schauspiel- und Opern-Vorstellungen stattfinden könne. Der Vorschlag hat prima fronte etwas Besprechendes, auch wenn derselbe einwöchentlich wenig Aussicht hat, verwirklicht zu werden.

Das altberühmte Theatergebäude am Michaelerplatz ist unbestritten das Muster eines Schauspielhauses, wie es nicht sein soll: es war ursprünglich ein Ballhaus, ein schoneuartiger, schmuckvoller Raum, in welchem das beliebte „Gioco di palla“ gepflegt wurde; erst im Frühling 1748 wurde dies Ballhaus zu einem richtigen Theater durch Um- und Zubauten hergestellt. Noch aber hatte das Burgtheater nicht seine gegenwärtige äußere Gestalt: sie erhielt dieselbe erst 1756, in welchem Jahre die Bühne um circa sechs Klafter gegen den Michaelerplatz hinausgerückt und mit der noch heute bestehenden Fassade versehen wurde. *)

Ein Schauspielhaus, das nun seit 130 Jahren benützt wird, kann allerdings in keiner Weise als ideales, ja als normales Theater gepriesen werden, ein Wunderbau bleibt das enge, winklige und doch so trauliche Haus gleichwohl; denn wie viele prächtige Monumentalgebäude, darunter das scheinbar für die Ewigkeit gegründete Redner-Hoftheater Semper's, sind im Laufe des letzten Jahrhunderts ein Raub der Flammen geworden, während das so unpraktisch als möglich angelegte Burgtheater sich unverfehrt bis auf die Gegenwart erhalten hat. Wir entinnen uns überhaupt nur eines einzigen Feuerlärms im Burgtheater vor etwa 10—15 Jahren; es war da in einer Schauspielers-Garderobe ein Stück Berg in Flammen gerathen; der Rauch und üble Geruch drang aus den Coullissen bis auf die offene Bühne, auf welcher gerade das Ehepaar Sabilion einen Dialog führten. Herr Sabilion verstand es damals, die Zuschauer durch eine kurze, kernige Anrede zu beruhigen, der Vorhang lag nieder, das Feuer wurde sofort erstickt und die Vorstellung nahm ihren Fortgang. Allein, eine so saunenswerthe Haltung des Publikums ist heutzutage, nach den Ereignissen in Nizza, im Ringtheater und der Opera Comique, nicht leicht vorauszusehen. Und was geschehen würde, wenn jetzt im Burgtheater plötzlich Feuerlärm auskäme, ist schwer anzudeuten. Wir haben ja aus allen Berichten über Theaterbrände den Eindruck erhalten, daß die Gefahr nicht so sehr durch das wüthende

Auch auf dem politischen Schauplatz war K. thätig. Nach der letzten Auflösung des Reichstags beantragte er bei dem Amte Scheune die Genehmigung zu einer Verammlung in Gütrow, deren Tagesordnung lautete: „Die Lage der Zeitverhältnisse und die bevorstehenden Wahlen. Referent Prediger Dr. Kienast.“ Es wurde eine Sammlung veranstaltet, die 10 M. 90 Pf. ergab. Hierfür sollte dem Fürsten Bismarck eine Adresse angefertigt werden. Die Sache zerfiel sich, da man sich über den Text der Adresse nicht einigen konnte. Das Geld soll K. unterschlagen haben. Dem Pastor Saubergweg in Hohenelshof gegenüber bewahrte K. die Ebrlichkeit. Er hatte Loose für einen wöchentlichen Zweck verkauft und sandte den Erlös auch ordnungsmäßig an Herrn Saubergweg ein. Der Anschlag befrucht im gestrigen Termine die Unterschlagung der 10 M. 90 Pf., im Uebrigen war er gefählig. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren, Ehrverlust auf 2 Jahre und 6 Wochen Haft. Er hob als besonders erschwerend die Frechheit hervor, mit welcher der Angeklagte bei Verübung seiner Schwindelthaten das Wort Gottes gemißbraucht und selbst heilige kirchliche Handlungen vorgenommen habe, was auf einen hohen Grad innerer Verderbtheit schließen lasse. Der Vertheidiger hatte angeführt, daß der schweren Belastung seines Klienten eine undankbare Aufgabe, nahm sich aber desselben nach Kräften an; er hat, den Angeklagten nicht als einen gewöhnlichen Schwindler, sondern als eine außerordentliche Natur anzusehen. Der Gerichtshof erkannte wegen der Fälle Brede, Lenz, Dr. Kleinigünter und Graf Kraffow gegen den Angeklagten auf anderthalb Jahre Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust, wegen der Uebertretung auf 4 Wochen Haft. Die Unterschlagung konnte nicht genügend erwiesen werden.

Deisterreich - Ungarn.

[Der Befähigungsnachweis.] Wiener Blätter meldeten dieser Tage, daß ein Uhrmacher Namens Mayerhofer in die Donau gesprungen sei, weil ihm die Polizei wegen des mangelnden Befähigungsnachweises sein Geschäft schloß. Die „N. Fr. Pr.“ bemerkt hierzu:

Gesetze, welche eine fittlich erlaubte, das allgemeine Interesse nicht verletzende Arbeit hindern, können nicht nützlich sein. Mayerhofer erzeugte Uhren, er hatte Kunden, die ihm vertrauten, er fristete seine Existenz durch das redliche Mühlen seiner Hände. Das Alles ist aber jetzt unmöglich; aus einem Mitgliede der Gesellschaft, welches der bürgerlichen Sphäre angehört, wird ein Declassirter, der nicht weiß, wie er morgen sein Brot erwerben soll. Jeder Zweig der menschlichen Thätigkeit wird durch ein Reglement bewacht, welches nur den Bevorrechteten den Zutritt gewährt; das größte Talent, die höchste Energie scheitern an den gewerblichen Vorschriften, welche den Betrieb an die Bedingung eines Zeugnisses knüpfen. Diese Fesseln drückt den reichen Mann gar nicht. Wer Capital genug besitzt, um eine Fabrik zu errichten, wer mehr als zwanzig Arbeiter beschäftigen kann, ist frei, kann sich unbedrängt das Feld für sein Wirken ausstrecken, ist unbedrängt in der Ausbildung seiner Intelligenz und seines Fleißes. Nur der Arme, dem das Glück versagt war, in der Jugend eine gewerbliche Vorbereitung zu erhalten, der aber doch emporstrebt zur Selbstständigkeit, muß den Nachweis seiner Befähigung liefern. Der Zimmermann Harrison hatte den Preis von zehntausend Pfund gewonnen, den man im vorigen Jahrhundert für die beste Schiffshuhr aussetzte. Der polnische Reiteroffizier Patek schuf die Uhren-Industrie in Genf. Der Schlosser Daniel Johann Richard ist der Gründer des großartigen Establishments für die Erzeugung von Uhren in La Chaux de Fonds. Diese Männer hätten sich nie über die Niedrigungen der Gesellschaft erhoben, wenn ihr Genie nicht die Freiheit gefunden hätte, sich unbedrängt zu entfalten, wenn die Polizei sorgsam darüber gewacht hätte, daß diese Heroen des Fortschrittes sich auch gehörig darüber legitimiren, ob sie einst bei einem Meister in der Lehre gewesen sind. Etwas weniger die einzelnen Gewerbe über die Grenzen ihrer Berechtigung, ein Krieg entbrannte über die Frage, ob die Fragner (Worsthändler) auch Sauerkraut verkaufen dürfen, ob es den Kleiderkünstlern gestattet ist, auch lederne Hosen zu verfertigen. Nur für den Reichen sind diese Schranken nicht gezogen. Man wollte das Handwerk reiten, aber man hat es nur isoltirt, zur Stagnation und Verumpfung verurtheilt, in dem Wettbewerb gegen die Industrie geschwächt. Schon zeigt sich aber auch unter den fanatischen Anhängern des Befähigungsnachweises die Enttäuschung und die Beschämung darüber, die Bahnen der bürgerlichen Freiheit verlassen zu haben. Wenn diese Bewegung erstarken und zur offenen Umkehr führen sollte, wären die fählichen Kämpfe, welche jetzt den Staat durchziehen, nicht vergeblich gewesen. Dann wird man auch vielleicht des Uhrmachers in der Glockengasse gedenken, der sterben wollte, weil sein Lohm geschlossen wurde. Dieses bürgerliche Trauerspiel enthält ein ernstes sociales Bild.

Frankreich.

s. Paris, 8. Juni. [Der Kriegsminister Ferron. —

Die Torpedoflotte. — Eine historische Reminiscenz.] Es scheint denn doch, daß die bei dem Amtsantritte des Cabinets Rouvier aufgetauchte Mär, General Ferron sei ein Freund Clémenceaux's und werde von diesem, wie sein Vorgänger, protegirt werden, nicht ganz den Thatsachen entspricht. Wenigstens greift das Organ des Führers der Radicals „Justice“ den Kriegsminister mit denselben heftigen Ausfällen an, wie seinen Collegen. So erzählt es heute unter Anwendung möglichst heftiger Epitheta, daß General Ferron die Vertrauensmänner Boulanger's im Kriegsministerium und im Generalstab in brücker Weise verabschiedet und sich dabei so tactlos wie möglich betragen habe. Die Unparteiischen werden es dem General Ferron kaum verargen können, daß er sich von Leuten, die in Boulanger ihren eigentlichen Herrn und Meister erblickten und den neuen Kriegsminister nur als eine Art Provisorium betrachteten, trennt und andere Mitarbeiter sich heranzuziehen sucht. — Die Torpedoflotte in Toulon ist heute Morgen aufgelöst worden. Die Torpedoboote sind in verschiedene Geschwader getheilt nach Brest, Havre, Marseille und Corfica in See gegangen. Eine große Anzahl derselben, die in Folge der Manöver und der Ueberfahrt nach Algerien bedeutende Havarien erlitten, sind in Toulon zur Ausbesserung in den Arsenalen zurückgelassen worden. Diese Auflösung des Torpedogeschwaders ist von dem neuen Marineminister aus Sparsamkeitsrückichten angeordnet worden. Die Ergebnisse dieser Manöver, obgleich nicht unrühmlich für die französische Marine, sind keineswegs zufriedenstellend gewesen. Vor Allem ist durch sie ein für alle Male bewiesen worden, daß die kleineren 31 Meter Torpedoboote für Schlachten auf hoher See von absolut keinem Werthe sind und daß sie ausschließlich für die Küstenverteidigung verwandt werden müssen. — Als während der letzten Ministerkrise die Combination Floquet große Chancen hatte und dabei von den gegnerischen Parteien — den Opportunisten und den Conservativen — gegen sie der Einwand erhoben wurde, daß durch die Ernennung des jetzigen Kammerpräsidenten zum Chef des Cabinets wegen seines berühmten „Vive la Pologne!“ eine Entfaltung in den Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland eintreten müsse, wurde bereits von einigen radicalen Organen in Abrede gestellt, daß dieser Ruf von Herrn Floquet herrühre. Herr Andrieux, der bekannte Deputirte und früher Polizeipräsident von Paris, dessen Enthaltungen über die Pariser Sicherheitsbehörden seiner Zeit so viel Aufsehen gemacht, kommt nun heute noch einmal im „Petit Marcellais“ auf diese Legende zu sprechen und giebt über sie folgende interessante Mittheilungen: „Sie glauben sicherlich in Marseille, daß im Jahre 1867, als der Czar aus dem Justizpalaste heraustrat, Floquet ihm unverfälschter Weise diese Apostrophe „Vive la Pologne, monsieur!“ ins Gesicht warf. Sie glauben das in Marseille, wie man es in Paris, Petersburg und Moskau glaubt. Ich weiß, daß man mich wegen meiner folgenden Auseinandersetzung ungläubig verspottet wird: das trifft nun einmal Jeden, der eine Legende zu zerstreuen mag. — Nichts desto weniger sage ich die Wahrheit, wie sie mir von einem vertrauenswerthen Zeugen mitgetheilt wurde. Nicht Floquet, sondern Gambetta war es, der dem Kaiser auf seiner Passage zuschrie: „Vive la Pologne, monsieur!“ Die Zeitungen setzten damals diese Unart auf Rechnung Herrn Floquet's. Liberal, wie der Kammerpräsident ist, ließ Floquet, der überdies die Preshphantastereien verachtet, dies unwiderrufen. Sicher hat Herr Floquet damit die Indifferenz, oder vielmehr den verachtungsvollen Stolz zu weit getrieben: er konnte sich selbst davon bei einer Gelegenheit überzeugen, die ich nicht unerwähnt lassen kann, da sie meine Behauptung vervollständigt und bekräftigt. Floquet sollte zu einer hohen Stellung berufen werden. Gambetta gab seine Meinung darüber in Gegenwart seines Freundes ab, indem er sich direct an ihn wendete und ihm sagte: „Du weißt, wie sehr ich es wünsche, Dich an der Regierung des Landes theilhaftig zu sehen. Aber daran hindert Dein unglücklicher Ruf: „Vive la Pologne!“ „Das ist zu stark,“ rief

Bergnügen soll und darf ja der Theaterbesuch doch nicht werden. Wohl wird eingewendet, das Burgtheater stehe ungefährdet schon länger als 125 Jahre: aber was in einem Säculum sich nicht zugezogen, kann sich in einer Secunde ereignen. Und es erscheint nicht ganz unbegründet, wenn nach so furchtbaren Vorkommnissen eher ein Zwiel, als ein Zuwenig an drakonischen Maßregeln gefordert wird. Wie immer übrigens diese Frage in Wien gelöst werden mag: lange wird keinesfalls mehr im Hause auf dem Michaelerplatz gespielt werden; denn spätestens Ende Januar 1888 soll auf Befehl des Kaisers das neue Burgtheater eröffnet werden.

Zuvor aber sollte, wie Schreiber dieser Zeilen jüngst in der Beilage zur „Allg. Ztg.“ (Nr. 156 vom 7. Juni „Zum letzten Theaterbrande“) angeregt hat, eine Enquete von Bau- und Bühnenkundigen den Entwurf zu einem Theatergebäude, die Grundbedingungen zu einem Normaltheater feststellen. Ja, es soll uns gar nicht wundern, wenn da und dort der Vorschlag zu einer obersten Theaterbehörde, einem Aufsichts-Amt über den Sicherheitsdienst auf allen deutschen Bühnen laut werden sollte.

Vom Kukuk.

In einer ornithologischen Skizze des „Hannov. Cour.“ von Ab. Mejer werden interessante Aufschlüsse gegeben über die bekannte Eigenschaft des Kukuks, seine Eier anderen Vögeln unterzuschieben. Den oder vielmehr die Gründe dieses Schmarogerthums zu finden, will, wie der Verfasser hervorhebt, immer noch nicht so recht gelingen, wenn man auch Manches kennt, wodurch dasselbe zu erklären wäre. Es legt z. B. ein Weibchen, wie durch sichere und glaubwürdige Beobachtungen von verschiedenen Seiten nachgewiesen ist, in einer Fortpflanzungsperiode 20 Eier und darüber, und man nimmt an, daß der Kukuk nicht im Stande sei, eine so zahlreiche Nachkommenschaft zu ernähren. Diejenigen kleinen Vögel, denen der Gauch sein Ei unterschleibt, sind hauptsächlich unsere Sänger: Bachstelzen, Rothfeldchen, Pieper, Schwäger, Schilflänger u. s. w., u. s. w., und man kennt bereits über 60 Arten, welche Pflanzendienstleistungen beim Kukuk gethan haben.

Wie sucht nun der Kukuk die für seine Zwecke notwendigen Nester auf? Es kann dieses auf zweierlei Weise geschehen und geschieht immer durch das Weibchen, ohne Hilfe des Männchens. In dem einen Falle sucht das Weibchen die fertigen Nester auf, indem es systematisch jeden Strauch, Busch und die Hecken durchsucht; in dem anderen Falle beobachtet das Weibchen den bauenden Nestvogel, der ihm durch sein Ab- und Zusitzen mit Baustoffen den Nestplatz verräth. Bei diesem Nestersuchen und auch beim Ablegen seines Eies sieht man, wie so sehr ungern die kleinen Vögel die Eier eines Kukuks sich aufdrängen lassen, unter Geschrei und heftigem Stoßen und Beißen suchen sie den Strauchritter aus der Nähe ihres Nestes zu verschrecken; aber dieses ist für den Kukuk ein sicheres Zeichen, daß er ein Nest finden werde, und spornet ihn zum eifrigeren Suchen an. Der Volksmund freilich behauptet und mit ihm auch gewichtigere Stimmen, daß die Nestereigentümer, unter deutlichen Freudenbezeugungen, dem Kukuk freiwillig Platz geben, ja wohl gar selbst ihn zu ihren Nestern

*) Nähere Angaben über die Baugeschichte finden sich in der „Chronik des k. k. Hofburgtheaters“. Wien, Rosner. 1876.

Floquet aus. „Du bist es ja gewesen, der „Vive la Pologne, monsieur.“ gerufen hat.“ — Das ist möglich; aber Du wirst die Legende nicht zerstören können.“ — Herr Andrieux fügt hinzu, daß Gambetta vielleicht Recht gehabt, und er selbst daher mit seiner Erzählung 20 Jahre zu spät komme. Dieser Ansicht können wir uns nicht anschließen. Es giebt ein sehr einfaches Mittel, darüber Klarheit zu erlangen, nämlich Herrn Floquet selbst zu einer Aeußerung über diese Angelegenheit zu bewegen. Der französische Kammerpräsident ist ein Mann, dessen Wort Niemand anzuzweifeln sich erlauben kann. Ein „Ja“ oder „Nein“ aus seinem Munde kann über das Schicksal dieser „Legende“ entscheiden.

Großbritannien.

A. London, 8. Juni. [Die Jubiläumsfeier.] Ganz London rüstet sich bereits in großem Maßstabe für die Feier des 50jährigen Regierungsjubiläums der Königin. Die ganze Route, auf welcher die Monarchin, begleitet von den Mitgliedern der königlichen Familie, am 21. d. vom Buckingham-Palast nach der Westminster-Abtei ziehen wird, um dem Jubiläums-Dankgottesdienst beizuwohnen, wird mit venetianischen Masten, sowie zahlreichen Ehrenporten und Triumphbögen geschmückt werden, während an den besten Punkten riesige Zuschauertribünen, jede mit 3000—4000 Sitzen, errichtet werden. Sitze auf diesen Tribünen sind ziemlich kostspielig; die Preise dafür stellen sich auf 3 bis 5 Guineen, während für Schaufenster und Balcons wahrhaft fabelhafte Preise gefordert und auch bezahlt werden. Für Balcons und eine Reihe von Fenstern in der Nähe der Westminster-Abtei werden 150—200 Pfd. Sterl. gezahlt, während für Fenster und Balcons an anderen Punkten der Route 25—50 Pfd. Sterl. geboten werden. Einzelne Fensterritze kosten 5 Pfd. Sterl. Das Spalier auf der Route werden die Truppen der Gardebrigade, Marinetruppen und Seeleute, sowie vier Freiwilligen-Regimenter bilden, deren Capellen die Volkshymnen spielen werden, wenn die Königin vorüberzieht. Für den Abend des 21. wird eine großartige Illumination vorbereitet, die nach den bereits getroffenen Vorkehrungen allgemein zu werden verspricht. Die Schaulust der Londoner ist zu jeder Zeit sehr groß. Da überdies der Tag zu einem Bankfeiertage erhoben ist, wo in der Regel alle Geschäfte ruhen und alle Werkstätten geschlossen sind, wird buchstäblich ganz London auf den Beinen sein. Rechnet man hierzu den Fremdenzufluß aus allen Theilen des Vereinigten Königreiches und vom Auslande, so kann mit Sicherheit angenommen werden, daß in dem Westende Londons, in welchem sich ausschließlich die öffentliche Jubiläumsfeier abspielen wird, drei Millionen Menschen zusammengedrängt sein werden. Im Hinblick auf den voraussichtlich riesigen Zusammenfluß von Menschen, wird in der Tagespresse bereits die Frage aufgeworfen, ob der Umzug der Königin in Folge seiner Einfachheit die öffentliche Schaulust nicht arg enttäuschen werde. Soweit bis jetzt festgestellt ist, wird der Zug aus nur etwa einem Duzend Hofwagen mit Cavallerie-Escorte bestehen. Ein weit imposanteres und farbenreicheres Schauspiel wird dagegen die Westminster-Abtei während des Dankgottesdienstes bieten, dem 8000 privilegierte Personen beizuwohnen werden. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß der Lordoberstkämmerer sich beharrlich weigert, Vertretern der ausländischen Presse den Zutritt zu dem Dankgottesdienste zu gewähren.

Afrika.

[Ueber Stanley's Expedition zum Entsaß von Emir Pascha] erhält das „Reuter'sche Bureau“ aus St. Paul de Loanda nachstehenden Bericht: „In Leopoldville sind Nachrichten von Mr. Stanley's Expedition eingegangen, denen zufolge die Reise derselben am oberen Congo bisher erfolgreich, aber in Folge des Umstandes, daß die Schiffe sehr schwer beladen sind und der Dampfer „Stanley“ genöthigt ist, zwei schwere Lichterschiffe im Schlepptau zu führen, langsam gewesen ist. Am 6. Mai kam die Expedition bei Kwa Mouth in Sicht des Zusammenflusses des Kassaïs mit dem Congo,

fährten, damit er um so besser sein Ei ablegen könne, und daß sie, voller Freude, ihre Verwandten und Bekannten herbeiziehen, damit auch diese Zeugen des den Nestgeheimnissen widerfahrenen Glückes seien. — Die Wahl der Pflanzeltern ist nicht etwa eine willkürliche, sondern geschieht nach einer festen Regel, und nur in einem bestimmten Falle findet ein Abweichen von derselben statt. Dem heranwachsenden jungen Kukuf nämlich haben sich die ersten Eindrücke über seine treu sorgenden Pflanzeltern, die ihn niemals Noth leiden lassen, für sein ganzes Leben eingepflanzt; denn so oft er nur den stets hungrigen Schnabel laut schreiend und nach Nahrung verlangend öffnet, und das geschäft fast unaussprechlich den ganzen Tag über, so waren stets die Stiefeltern bemüht, ihm den Schnabel vollzustopfen mit allerhand Vederbissen, ihr eigenes Wohl hinteranstellend. Auch seine Wiege, in welcher er, vor allen Unbilden geschützt, heranwuchs und die Umgebung derselben haben sich dem jungen Gauh so genau eingepflanzt, daß er noch als erwachsener Kukuf wohl im Stande ist, ein Nest derart, in welchem er seine Wiege hatte, von allen anderen zu unterscheiden. Diese in seiner Jugend erhaltenen Eindrücke veranlassen das Kukufweibchen dazu, seine Eier in den Nestern derjenigen Vogelart abzulegen, welcher einstmals seine Zieheltern angehört, und nur in dem Falle, daß kein Nest dieses Vogels vorhanden ist, wird eine Ausnahme gemacht und ein anderes Nest gewählt.

Der Kukuf soll bekanntlich Eier fressen; aber auch diese Behauptung dürfen wir getrost in das Reich der Fabel verweisen. Wenn der Kukuf sein Ei einem Neste einverleibt und es liegen schon Eier der Pflanzeltern in demselben, so entfernt er ein oder zwei der vorhandenen Nester mit dem Schnabel, um Platz für sein eigenes Ei zu schaffen und um diesen Zuwachs möglichst zu vertuschen. Bei dieser Handlung geschieht es bisweilen, daß dem Kukuf das eine oder andere Ei im Schnabel zerbricht und er dasselbe mitsammt seinem Inhalt verschluckt. Mit Stierkraut hat dieses nun wohl keine Nützlichkeit, denn daß der Kukuf nur zufällig einmal ein Ei verschluckt, wird dadurch bestätigt, daß er die vielen Nester, welche er auf seiner Suche findet und welche mit Eiern versehen sind, gänzlich unberührt läßt, so lange er nicht sein eigenes Ei untergeschoben gedenkt. In denjenigen Fällen, in welchen das auserwählte Nest oben offen und so gebaut ist, daß der Kukuf sich auf das Nest setzen kann, geschieht das Hineinbringen der Eier in der Weise, daß der Kukuf sich zum Legen ohne Weiteres auf oder in das Nest setzt. Ist dagegen das Nest ein oben geschlossenes mit feillichem Eingange, oder ist es in einem Baum- oder Astloche angebracht oder auf irgend eine Art gebaut, welche es nicht erlaubt, daß der Kukuf sich auf das Nest setzen kann, ohne es zu zerstören, so wird das Ei mittelst des Schnabels hineingelegt. Der Kukuf legt zu diesem Zweck vorher sein Ei auf den Boden ab, ergreift es behutsam mit seinem Schnabel und trägt es so in das auserwählte Nestchen.

Bei dem Kukuf ist im Gegensatz zu den übrigen Vögeln die Mutterliebe gar nicht oder doch nur in einem so geringen Maße ausgeprägt, daß man füglich diese Eigenschaft als gänzlich fehlend ansehen darf; denn weniger als der Kukuf kann wohl schwerlich ein anderer Vogel zur Erhaltung seiner Art thun; und auch dieses Wenige

und gegen den 8. Mai sollte sie in Bolobo eintreffen, der ersten Station, in welcher Heizungsmaterial für die Maschinen erlangt und den ermüdeten Schiffsmannschaften eine kurze Rast gönnt werden kann. Die Witterung am oberen Congo war köstlich und es waren nur 3 oder 4 Mann unspäßig. Die Expedition hoffte Stanley Falls am 5. Juni zu erreichen. Von Bolobo soll eine Vorhut nach der Station Bangalas entsandt werden.“

Provinzial-Beitung.

Breslau, 10. Juni.

Hinsichtlich der Bewilligung von Staatsprämien für Ausstellungen von Lehrungsarbeiten war durch Circularerlaß des Handelsministers vom 24. März 1880 bestimmt worden, daß nur im allgemeinen Verkehr gangbare und verkäufliche Lehrungsarbeiten zur Ausstellung gelangen dürften. Nachdem diese Bestimmung dahin mißverstanden worden, daß in der Regel nur sofort verkäufliche Lehrungsarbeiten zur Ausstellung zugelassen seien, hat neuerdings der Minister Anlaß genommen, darauf hinzuweisen, daß jene Bestimmung, wie auch aus dem Zusammenhange hervorgehe, die im gewöhnlichen Verkehr gangbaren und verkäuflichen Erzeugnisse nur im Gegenfalle zu bloßen Schustücken und Specialitäten als allein geeignete Ausstellungsgegenstände bezeichne, eine Vollendung der auszustellenden Arbeiten bis zu dem Grade, daß dieselben sofort verkauft werden könnten, aber nicht fordere. Wenn auf die sofortige Verkäuflichkeit des einzelnen Stückes Gewicht gelegt werde, müßten die auszustellenden Arbeiten in vielen Fällen in einer die eigene Leistung der Lehrlinge verdunkelnden Weise von anderer Hand überarbeitet werden, bevor sie ausgestellt würden. Das aber habe stets zu unterbleiben, ohne Rücksicht darauf, ob die unfertige Arbeit in Folge dessen zur Zeit unbrauchbar oder unverkäuflich sei.

— In Bezug auf das Züchtigungsrecht des Lehrers hat das Reichsgericht, II. Straß., durch Urtheil vom 29. März 1887 (in Uebereinstimmung mit einem Urtheil des III. Straß. vom 3ten März cr.) ausgesprochen, daß jede bewußte Ueberschreitung des durch Amtsinstruktionen fixirten gesetzlichen Züchtigungsrechts des Lehrers, wenn sie objectiv sich als Körperverletzung darstellt, nicht nur disciplinarisch, sondern wegen Körperverletzung im Amte aus § 340 des Str.-G.-B. zu bestrafen ist. Es wird uns über den besonderen, hier in Betracht kommenden Fall geschrieben:

Der § 10 der Schulordnung der Provinz Preußen vom 11. December 1845 bestimmt, daß die Bestrafung der Schulkinder durch den Lehrer die Grenzen einer mäßigen elterlichen Zucht nicht überschreiten darf. Im Anschluß an diese gesetzliche Bestimmung tritt eine Circularverfügung der königlichen Regierung zu Danzig vom Jahre 1868 im Einzelnen die Grenzen des Züchtigungsrechts des Lehrers. Diese in der Circularverfügung fixirten Grenzen hatte der Lehrer S. in einem westpreussischen Orte bei der Züchtigung der 12jährigen Schülerin G. bewußt überschritten, indem er ihr zwei Ohrfeigen und sodann noch 6 Schläge mit einem Stöckchen über Schulter und Arm versetzt hatte. S. wurde wegen Körperverletzung im Amte angeklagt; die Strafkammer sprach ihn aber frei, indem sie annahm, daß die fragliche Züchtigung allerdings gegen die Regierungsverfügung verstoßen, nicht aber die Grenzen mäßiger elterlicher Zucht überschritten hatte. Auf die Revision des Staatsanwalts hob das R.-G. das Urtheil der Strafkammer auf, indem es begründend ausführte: „Der Begriff der Mißhandlung und Körperverletzung ist in § 340 Str.-G.-B. kein anderer als in § 223 Str.-G.-B. Der Richter stellt fest, daß der Angeklagte in Ausübung seines Amtes objectiv eine solche vorfällige begangen, indem er feststellt, daß der Angeklagte die Schülerin geohrfeigt und mit einem Stöckchen wiederholt so geschlagen, daß Schrienen und blutige Spuren der Schläge zurückgeblieben. Er erkennt auch in den Gründen an, daß Ohrfeigen und Stockschläge objectiv geeignet, die Gesundheit zu beschädigen, verneint nur, daß dies concret der Fall gewesen. Wiberredlich ist aber die Mißhandlung, wenn der Mißhandelte kein Recht zu derselben hat, und widerrechtliche Mißhandlung in der Ausübung des Amtes liegt vor, wenn der Beamte dabei seine Amtsbefugnisse überschritten hat. Dies stellt das Urtheil fest, in dem es für erwiesen erachtet, daß der Angeklagte bewußt gegen die ihn bindenden Vorschriften seiner vorgelegten Dienst-

geschieht in einer oft lässigen und unvorsichtigen Weise. Hat das Weibchen nämlich ein nach seiner Meinung passendes Nest gefunden, sein Ei hineingelegt und zur Sicherung einer willigeren Annahme desselben ein oder zwei Nester entfernt, so hat damit der Kukuf seiner Mutterpflichten und der Sorge um die Nachkommenschaft genügt. Von dem Augenblicke an, wo er sein Ei untergebracht weiß, bekümmert er sich um dasselbe ebensowenig, als um das Junge, welches dieses Ei verläßt.

Die Ausstellung des Schlesischen Kunstvereins.

III.

Unter den Portraitmalern der Ausstellung finden wir u. A. H. v. Angely, der, von der Huld europäischer Höfe beschienen, und von der landsmännischen, besonders der Wiener Kunstströmung, in Händen getragen, sich gelassen in den Ruf hineingelegt hat, einer der bedeutendsten Portraitisten der Gegenwart zu sein. Im Breslauer Museum ist Angely durch nicht weniger als drei Schöpfungen seiner Palette vertreten; er ist unserem Publikum daher kein Unbekannter. Auch wir halten den Wiener Meister für einen Künstler, der Viele von der Kunst um eines Hauptes Länge überträgt; allein wir können ihn doch nicht ohne Einschränkung loben. Seine Fähigkeit, in dem Antlitz des Modells dessen Charakter zu lesen und der Physiognomie den Stempel individuellen Lebens aufzudrücken, schätzen wir nicht gering; allein seine glatte und beinahe säßliche Vortragweise scheint uns den Eindruck seiner Bilder nicht unwesentlich zu beeinträchtigen. Man vergegenwärtige sich sein Moltkeportrait in unserem Museum, und vergleiche dasselbe mit der kraftvollen Art eines Lenbach, für welche das in demselben Saale befindliche Bismarckportrait des Münchener Künstlers einen werthvollen Anhalt bietet! Vielleicht würden Angely's Mängel weniger als solche in die Augen fallen und sich vielleicht wie Vorzüge ausnehmen, wenn er sich auf die Specialität als Damenportraits beschränkt hätte, obwohl wir, wenn wir uns seines Bildes der Königin von England auf der Berliner Jubiläums-Ausstellung erinnern, bekennen müssen, daß ihn auch hier das Bestreben, dem Incarnat möglichste Glätte und Zartheit zu geben, dahin geführt hat, über die Massen weidlich und säßlich zu werden. Das Herrenportrait von des Künstlers Hand, das unserer Ausstellung einverleibt ist, darf, soweit das physiognomische Moment in Betracht kommt, als eine künstlerisch hervorragende Leistung bezeichnet werden; auch im Vortrag ist eine größere Energie, als sie der Maler sonst entfaltet, nicht zu verkennen, und wir würden daher jedenfalls das Portrait zu den besten des Meisters zählen, wenn uns nicht gewisse Schattentöne, die sich auf einzelne Partien wie dunkle, erdige Flecken lagern, zu zurückhaltender Rühle bei der Gesamtbeurtheilung veranlassen.

Eine sehr tüchtige, von der Schablone freie Auffassung verräth das Portrait einer Dame von Margarethe Löwe in Düsseldorf. Von lebendigstem Ausdruck ist das Herrenportrait Ditto Kreyher's, der immer wieder von Neuem zeigt, daß der Ruf, den er als vortrefflicher Künstler genießt, ein wohl begründeter ist. Wie bei seinen

behorde über das Maß seines Züchtigungsrechts verstoßen. Damit steht in directem Widerspruch, wenn der Vorderrichter gleichwohl annimmt, daß der Angeklagte das Züchtigungsrecht nicht überschritten habe. Er gelangt dazu von der rechtsirrtümlichen Grundlage aus, daß das Züchtigungsrecht des Lehrers ein aus dem Gesetze entpringendes subjectives Recht bessele sei, welches der Bestimmung, Regelung, Beschränkung und Entscheidung durch die Vorschriften seines Amtes und seiner vorgelegten Dienstbehörde nicht unterliege, sowie dadurch, daß er an die Stelle der durch das Gesetz begründeten Vorschriften der Regierung über Art und Maß der Züchtigung seine eigene Auffassung von dem Begriffe mäßiger elterlicher Zucht setzt. Uebersehen ist dabei, daß, nachdem objectiv der Thatbestand der Mißhandlung im Amte festgestellt war, es nicht darauf ankam, was der Richter unter mäßiger elterlicher Zucht verstand, sondern darauf, was der Angeklagte nach den Vorschriften seines Amtes darunter zu verstehen hatte, und daß, wenn der Angeklagte im geordneten Wege ergangene, ihn bindende Vorschriften über das Maß der ihm zuzulassenden Züchtigung bewußt überschritten, er seine Amtsbefugnisse bewußt überschritten hatte und die Möglichkeit fehlte, daß er trotzdem nicht widerrechtlich gehandelt habe.“

Die XXIV. internationale Maschinen-Ausstellung zu Breslau, verbunden mit Maschinenmarkt.

(Fortsetzung.)

T. Gleich den ersten beiden Ausstellungstagen hat auch der letzte Tag durch freundliches, angenehmes, wenn auch etwas windiges Wetter die Prosperität des Marktes bis zum letzten Augenblicke aufrecht erhalten. Der Besuch der Ausstellung war verhältnismäßig geringer als an den vorangegangenen Tagen, jedoch immer noch günstiger als wie in den verfloßenen Jahren. Mit einer gewissen Sicherheit nehmen wir an, daß während der Dauer des Maschinenmarktes circa 25000 Personen denselben frequentirt haben. Wie bereits in einem der früheren Berichte erwähnt, sind auch die Aussteller, vielleicht mit wenigen Ausnahmen, mit dem Umsatze während des Marktes vollkommen zufrieden gewesen und verlassen die Ausstellung mit frohem Herzen. Wie hoch sich der Umsatz beläuft, läßt sich allerdings nicht feststellen, da durch die Maschinenmarkt-Commission noch keine statistischen Erhebungen stattgefunden haben. Von den Novitäten des Marktes, die freilich, streng genommen, nicht auf den Markt gehören, erwähnen wir in erster Reihe ein nach amerikanischem System von B. Wahsner erbautes Billard neuester Construction. Dore uns auf eine nähere Beschreibung desselben einzulassen, machen wir Billardliebhaber auf dieses bis jetzt in Europa nicht bekanntes System aufmerksam. — Zu unserem Rundgange zurückkehrend, beginnen wir heute mit der Firma Seewald u. Prieleuth-Striegau, die durch reichhaltige und dabei geschmackvolle Ausstellung, in Beziehung auf Material und Ausstattung, allgemeine Anerkennung fand. Die einzelnen Objecte bestanden in Säe- und Wälzmaschinen, Hand- und Rädermaschinen, Sägemaschinen, Säpeln und Drehmaschinen, Walzen, Pumpen und hauptsächlich diversen Drillmaschinen. Bei letzteren sind von den Erbauern selbst erfundene, bereits patentirte pneumatische Pressen zur Verhütung des Verschleißes bei sich selbst regulirenden Saftlasten angebracht. Diese gehören absolut sichere Function, und es ist deren Anbringung bei Drillmaschinen jeder Construction leicht möglich. Wir empfehlen dringend die Beschichtigung dieser einfachen Vorrichtung. — Berthold Hirschfeld, Vertreter größerer deutscher und englischer Fabrikanten, wie Rudolf Sack, Plagwitz bei Leipzig, Wanger u. Comp., Sillingen, Würtemberg, Kuffon Proctor, England, hat auch dieses Mal eine außerordentliche Collection von Maschinen und Geräthen dem prüfenden Auge des kritischen Sach-Publikums vorgeführt. Hervorzuheben in erster Reihe sind die Drillmaschinen, Pflüge, Eggen, diverse Hadmaschinen von M. Sack-Plagwitz, ferner die Locomobilen und leistungsfähigen Drehmaschinen von Kuffon Proctor. — Zu den den Ausstellungsplatz zierenden Zusammenstellungen zählen wir die Ausstellungsobjecte von Gebrüder Huber, Breslau; ihre Cement- und Terrazzoplatten, desgleichen die Kunstsandstetfabrikate, die künstliche Marmortreppe, die Basen und Figuren, Cementröhren u. s. w. Aus den kleinen Anfängen dieser Fabrik, die erst vor wenigen Jahren ins Leben gerufen worden, ist durch Fleiß und Ausdauer während verhältnismäßig kurzer Zeit Außerordentliches geschaffen worden. — H. Anger zu Breslau, bekannt durch seine gediegen gearbeiteten Geldschränke, die bereits bei mehreren Gelegenheiten nicht nur ihre Feuerprobe, sondern auch ihre Widerstandsfähigkeit bei versuchten Einbrüchen bewiesen haben, ist auch diesmal mit sechs verschiedenen Exemplaren derselben — wovon der größte Theil verkauft ist — vertreten. Arbeit und Material sind gediegen, die Ausstattung läßt den alten Meister nicht erkennen. Nachdem sind diverse Waagen und Telegraphen-Anlagen mit Telephon-Verbindung ausgestellt. — Carl Beermann-Berlin mit einer Collection landwirtschaftlicher Maschinen, die ebenfalls den Ruf der renommirten Firma nicht schädigen dürften. Wir fügen davon an Säe-, Drill- und Döbelmaschinen, Häcksel-, Futter- und Rübenschneidemaschinen,

früheren Gemälden, die wir in dieser Zeitung zu besprechen Gelegenheit fanden, ist auch bei diesem seinem neuesten Werke die Geschlossenheit der Wirkung, eine Folge der harmonischen coloristischen Stimmung, nicht minder rühmend hervorzuheben, als die Sicherheit der Charakteristik. Des Meisters Eigenart prägt sich verheißungsvoll in seinem talentvollen Schüler H. Spaeth hieselbst aus, der die Ausstellung mit drei Portraits besetzt hat. Was wir früher von dem jungen Künstler gesehen, war von den Schöpfungen des Lehrers noch durch eine weite Kluft getrennt. Inzwischen hat der Abstand sichtlich abgenommen, wie namentlich durch das Damenportrait und das Herrenportrait Nr. 527 erwiesen wird, welche beide sich durch eine gewisse Freiheit der Auffassung auszeichnen. Rein technisch betrachtet, darf auch das zweite Herrenportrait mit den beiden anderen Bildern des Malers einen Wettstreit eingehen. Warmes Lob können wir den beiden Damenportraits von Max Krusemark spenden. Das in Del gemalte erfreut durch die außerordentliche geistige Belebung der Physiognomie. Es ist ein Bild, das nicht den Eindruck macht, als ob das Modell sich hingesezt habe, um gemalt zu werden, damit es sagen könne: seht, das bin Ich. Das Bild hat daher nichts von der erkaltenden Abstrichlichkeit photographischer Aufnahmen, von der so viele der gemalten Portraits nicht loskommen können, sondern es erfüllt die höhere Aufgabe der Kunst, das Individuelle der Persönlichkeit, derselben gleichsam unbewußt, in charakteristischer Weise festzuhalten. Die technische Ausführung hat große Vorzüge, unter denen die Lebenswärme und Frische des Incarnats nicht der geringste ist. Das zweite Damenportrait, ein Pastellbild, das sich in der Nachbarschaft der Aquarellbilder angesiedelt hat, ist eine Schöpfung von höchster Lebenswürdigkeit und Anmuth. Nur würden wir die scharf markirte harte dunkle Linie an den Conturen des Profils beseligt wünschen. Derartige Linien sind naturwidrig; sie finden sich in keinem Gesicht. Das Herausheben der plastischen Theile des Portraits aus dem Hintergrund muß sich lediglich durch den Contrast von Licht und Schatten vollziehen. Von den übrigen Portraitmalern der Ausstellung seien noch genannt Prof. Richter in Glas (Damenportrait) und Emil Brecher hieselbst, für dessen Bestes wir allerdings den „Studienkopf“ (Nr. 67) halten.

Karl Volkath.

* Universitätsnachrichten. Den jüngsten deutschen Universitäts-Professor hat der „Nationalzeitung“ zufolge die Breslauer Hochschule aufzuweisen. Es ist der Dozent der Theologie Dr. Ernst Köhler, welcher erst in einem Alter von 25 Jahren sich befindet. — Eine zweite Professur für Anatomie an der Berliner Universität ist zu errichten, wird der „D. Med. Wochenchr.“ zufolge in den maßgebenden Kreisen geplant, und es sind bereits Verhandlungen mit den dafür in Aussicht genommenen Persönlichkeiten im Gange. Den Verlußt der Anatomie hat bekanntlich Geh. Medicinalrath Professor Waldayer inne, der gleichzeitig als Director des anatomischen „Theater“ und interimsweise auch die anatomisch-zoologische Sammlung leitet, die gerade jetzt bei der Ueberführung nach dem Museum für Naturkunde recht viel Arbeit verursacht. — Aus Straßburg wird der „Frf. Ztg.“ berichtet: Zwei der berühmtesten Professoren der hiesigen Universität, der Botaniker Dr. de Bary und der Rechtsgelehrte Dr. Sohm haben einen Ruf nach Leipzig erhalten und sollen gelommen sein, diesem Rufe Folge zu leisten.

390,96 Mark betragen haben, fallen nach dem Reichsgesetz vom 15. Juni 1883 dem Kreis zur Last. Da auch in diesem Jahre ein erheblicher Zu- schuß dem Kreis gewährt werden mußte, spricht der Kreis-Ausschuß die Befürchtung aus, daß diese Zuschüsse sich jedes Jahr erhöhen und schließlich für den Kreis zu einer nicht unerheblichen Last anwachsen werden. Er behält sich hierüber abändernde Vorschläge vor. — Die Landgemeinden des Kreises brachten im Jahre 1886 folgende Staatssteuern auf: Grundsteuer 29 763,65 Mark, Gebäudesteuer 5866 Mark, Klassensteuer 18 834 Mark, Gemeindefeuer 3240 Mark, Einkommensteuer 1062 Mark.

— r. **Brieg**, 9. Juni. [Zum 25jährigen Stiftungsfeste des katholischen Gesellenvereins. — Verehrt. — Verungl.] Zu dem 25jährigen Jubelfeste des hiesigen katholischen Gesellenvereins, welches in den Tagen vom 17. bis 19. Juli cr. verbunden mit der diesjährigen Präsiden-Versammlung des Diöcesanverbandes der katholischen Gesellenvereine hier selbst stattfinden wird, werden gegenwärtig von den verschiedenen Fest-Commissionen bereits eifrige Vorbereitungen getroffen. Die Einladungen an sämtliche Vereine der Diocese, sich recht zahlreich mit ihren Fahnen an dem Jubelfeste zu betheiligen, sind schon ergangen. Da die Betheiligung voraussichtlich eine große sein wird, so ist die Wohnungs-Commission damit beschäftigt, für die auswärtigen Vereinsmitglieder die nöthige Zahl von Quartieren zu beschaffen. Weil aber nicht sämtliche Quartiere von den Mitgliedern des hiesigen Vereins werden beschafft werden können, so wird auch die weitere katholische Einwohnerschaft Briegs erlucht, Freiquartiere gütigst zur Verfügung zu stellen. Die Finanz-Commission ist eifrig bemüht, die für die Jubelfeier notwendigen Geldmittel herbeizuschaffen. — Staatsanwalt Friedrich Meyer in Kreuzburg Oberschlesien ist nach Brieg versetzt worden. — Kreis-Schulinspector Pastor Meißner ist als Pfarrer nach Tschöplowitz, Kr. Brieg, berufen worden und dürfte voraussichtlich im Herbst d. J. sein neues Amt antreten. Außerdem wird mitgetheilt, daß seine demnachstige Ernennung zum Superintendenten der Diocese Namslau in Aussicht genommen ist.

* **Umschau in der Provinz**, oo. **Bunzlau**. Am 8. cr. hat in der hiesigen evangelischen Schule eine Conferenz der Lehrer unserer evangelischen Bürgerschule unter Leitung des Schulinspectors Pastor Stropmann stattgefunden. Es wurden zwei Lehrproben gehalten über Thematika aus der vaterländischen Geschichte, woran sich ein Referat über die Behandlung dieses Geschichtsstoffes in Rücksicht auf die von der Regierung angestrebten Ziele schloß. — Das Gustav-Adolf-Fest für die beiden Diocesen Bunzlau I und II findet am Sonntag, 12. d. Mts., in Raumburg a. O. das diesjährige Missionsfest am 26. d. Mts. in der hiesigen evangelischen Kirche statt. — Am Mittwoch, den 15. d. M., wird im Kirchenstadl zu Gnadenberg eine geistliche Musikaufführung zum Besten der Berliner Stadtmission veranstaltet werden. — **Grünberg**. Der im Herbst 1885 hier selbst gegründete evangelische Männer- und Jünglingsverein, welcher nach kaum zweijährigem Bestehen über 200 Mitglieder zählt, hat seinen Begründer und Leiter, Herrn Pastor prim. Altenburg, welcher in den nächsten Tagen Grünberg verläßt, um in Pleschitz das Amt eines königlichen Regierungs- und Schulrathes zu übernehmen, zu seinem Ehrenmitglied ernannt; es wurde ihm in der letzten Sonntagssitzung ein künstlerisch ausgestattetes Diplom überreicht. Daß der Verein so schnell an Mitgliedern zunahm und daß von den 200 Mitgliedern allsonntäglich bis 50 pCt. die Vereinsabende besuchten, war wesentlich den Verdiensten des Vorsitzenden zuzuschreiben. Seine feierlichen Vorträge und die Art seines anregenden Verkehrs mit den Mitgliedern führten ihn in jeder Vereinsversammlung eine zahlreiche Zuhörerschaft zu. — Mittwoch, 15. d. M., begehrt die hiesige Schützenabtheilung ihr diesjähriges Waldfest im sächsischen Oderwalde. — **Landesberg** O. Schon seit Anfang April d. J. ist der königliche Regierungsbaumeister Pelizaeus hier anständig, um sich mit dem Neubau des königlichen Amtsgerichts zu beschäftigen. Nachdem nunmehr die verschiedenen Submissionen von Seiten der königlichen Regierung eingelaufen worden sind, werden Baupläne und Pläne auf das Schlingersche Baugrundstück angefahren. Man sieht nunmehr der Auflassung des Grundstücks an den Fiskus, und dem Beginn des Baues in allerfrühester Zeit entgegen. Der Bau soll dies Jahr noch unter Dach gebracht werden. — Dem Besitzer der hiesigen Stadt-Apothek, Herrn Apotheker Lagodzki, ist die Personalconcession ertheilt worden. — Nach einer neuen Verfügung von Seiten der russischen Behörde dürfen deutsche Pferde und Wagen nicht über die Grenze, wenn nicht vorher der dreifache Werth der betreffenden Pferde auf der Kammer als Caution deponirt wird. — r. **Deis**. Auch unter den Schülern des hiesigen Gymnasiums ist eine leichte Augenentzündung ausgebrochen. Die Anstalt ist daher beabsichtigt, die Lüftung und Desinfection der Schulräume vorläufig auf drei Tage geschlossen worden. Von 311 Schülern sind bis jetzt 106 erkrankt. Nach specialärztlichem Gutachten soll die Augenentzündung nur leicht und ungefährlich sein. — s. **Waldenburg**. Am 6. d. M. wurden in dem Gasthose „Zur Sandmühle“ beim Reinigen der Cloake in letzterer der Leichnam eines Mannes gefunden und in denselben der frühere Barbier August Franz, gebürtig aus Nieder-Hermsdorf, erkannt. Es ist anzunehmen, daß Franz, welcher seit Jahr und Tag von seiner Frau getrennt lebte und dem Trünke ergeben sich vagabondirend herumtrieb, in der Trunkenheit in die Cloake gestürzt ist und dabei seinen Tod gefunden hat.

Nachrichten aus der Provinz Posen.

Posen, 9. Juni. [Mangel an katholischen Geistlichen in den Diocesen Gnesen-Posen.] Dem Vernehmen nach herrscht zur Zeit in den genannten Diocesen ein fühlbarer Mangel an katholischen Geistlichen deutscher Abstammung, welche zugleich der polnischen Sprache mächtig sind, und es treten deshalb dort bei der Besetzung von Pfarrenstellen sowohl landesherrlichen, als auch privaten Patronats nicht selten Schwierigkeiten ein.

Wollstein, 8. Juni. [Ein entsprungenen Verbrecher.] Auf dem Transporte von hier nach Kamitz ist der gefährliche Einbrecher Sita, aus Odra gebürtig, der vor ca. 3 Wochen von der Lissa Strafammer wegen mehrerer schwerer Diebstähle zu 7 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden, dieser Tage aus dem Polizeigefängnis in Altkloster entsprungen. Die Polizeibehörden sind eifrig bemüht, des Verbrechers habhaft zu werden. Bis heute ist dies leider noch nicht gelungen. (Pos. Stg.)

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung. Reichstag.

* **Berlin**, 10. Juni. Der Reichstag hat zwar selbst den guten Willen, die Session in acht Tagen zu schließen, aber es wird ihm dies kaum möglich sein, wenn die weiteren Debatten die gleiche Ausdehnung annehmen wie die heutige. Heute standen vier Punkte auf der Tagesordnung, aber man kam in vier Stunden nicht weiter als bis zur Erledigung der ersten. Vor Eintritt in die Verhandlung nahm der Abg. Hasenclever Veranlassung, ein gestern an die Mitglieder des Hauses vertheiltes Schriftstück des nationalliberalen Wahlcomités im Wahlkreise Leipzig-Land als ein schamloses, niederträchtiges und verleumderisches zu bezeichnen. Hierauf nahm zur Empfehlung des Gesetzentwurfs, betreffend die Ernennung der Bürgermeister und Beigeordneten in Elsaß-Lothringen, der Unterstaatssecretär Bad das Wort. Er gab eine historische Uebersicht über die französische Gemeindeverfassung, welche in Elsaß-Lothringen gelte. Die Ernennung und Befolgung der Bürgermeister müsse jetzt einer gesetzlichen Regelung unterworfen werden. Es sollte künftig nur Berufsbürgermeister geben und diese nicht unbefolgt sein, doch werde eine vollständige Erneuerung der Gemeindevertretungen nur da eintreten, wo es die Regierung für unbedingt notwendig halte. Der elsässische Abg. Guerber bezeichnede die Vorlage als die Strafe für den Ausfall der Wahlen und warnte vor solchen Gesetzen, die Elsaß-Lothringen schließlich zum Irlande Deutschlands machen würden. Dagegen war der Abgeordnete Dr. von Cury bei Weitem nicht so pessimistisch in seinen Erwartungen. Er versprach sich im Gegentheil, daß Elsaß-Lothringen in 100 Jahren völlig deutsch sein werde. Er erklärte daher auch, daß die Nationalliberalen dem Gesetze ihre Zustimmung erteilen werden.

Auch der elsässische Abg. Frhr. v. Dietrich bezeichnede den vorliegenden Entwurf als eine Gewaltmaßregel und nannte ihn eine Folge des Wahresultats; gegen die letztere Behauptung protestirte der Unterstaatssecretär von Puttkamer. Der Rechtszustand, der geschaffen werden solle, sei gegen den zur französischen Zeit bestandenen gar nicht verändert. Die Regierung erwarte nur, daß sich auf diesem Wege die Assimilierung des Elsaß am ehesten erreichen lasse. Der Abgeordnete Windthorst bedauerte, daß Herr von Manteuffel nicht mehr an der Spitze der elsässischen Regierung stehe, man solle aber wenigstens die von ihm gegebenen Rathschläge beherzigen. Wie das Gesetz vorlege, könne er ihm nicht zustimmen, dagegen beantragte er die Verweisung desselben an eine Commission von 21 Mitgliedern. In der weiteren Debatte sprachen noch Abg. v. Kardorff für und Abg. Simonis (Sl.) gegen die Vorlage. Zum Schluß hob der freisinnige Abg. Schrader hervor, daß seine Freunde die Regierung zwar in ihren Bestrebungen unterstützen wollen, daß sie sich aber von dem gegenwärtigen Entwurf keinen Erfolg versprechen. Der Antrag Windthorst wurde abgelehnt und die zweite Verathung findet daher im Plenum statt. Morgen steht u. a. der Gesetzentwurf, betreffend die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen auf der Tagesordnung.

39. Sitzung vom 10. Juni.

Am Bundesrathssitzung: v. Bötticher, Dr. Jacobi, Bad u. A. Eingegangen: Einführung der Gewerbeordnung in Elsaß-Lothringen; Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen, betr. die Anwendung abgeänderter Reichsgesetze auf landesgesetzliche Angelegenheiten; Einleitung zur Statistik der Krankenversicherung der Arbeiter seit dem Jahre 1885. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort der Abg. Hasenclever (Soz.): Den Mitgliedern des Hauses ist vor einigen Tagen durch das Bureau seitens des nationalliberalen Wahlcomités für die Wahl des Abg. Dr. Götz ein Schriftstück zugegangen, betreffs dieser Wahl. In der kurzen Korrekte desselben sind meine Partei, und nicht allein die gesammte Partei, sondern auch die hier anwesenden Mitglieder meiner Partei in einer schamlosen, niederträchtigen Weise angegriffen worden. (Anruhe.)

Präsident von Wedell-Piesdorf: Ich kann Ihnen vor der Tagesordnung das Wort nur gestatten, um lediglich eine objective Berichtigung der Thatsachen, welche dort ausgesprochen sind, zu geben, nicht aber eine Kritik. Ich muß Sie bitten, solche Ausdrücke zu vermeiden, wibrigenfalls ich Ihnen das Wort entziehen muß.

Abg. Hasenclever: Wenn ich mich nicht beleidigt gefühlt hätte, würde ich überhaupt nicht vor der Tagesordnung das Wort genommen haben.

Präsident von Wedell-Piesdorf: Ich bitte Sie, sich auf thatsächliche Bemerkungen zu beschränken.

Abg. Hasenclever: In dem Schriftstück findet sich folgender Satz: „Ganz abgesehen davon, daß früher schon den socialdemokratischen Parteigenossen empfohlen worden ist, das Ehrenwort zu geben, um das Ehrenwort zu brechen, eine Unterschrift zu geben, um die Unterschrift zu verleugnen, ist neuerdings sogar der Meinetz im Interesse der Partei durch das officielle Parteiorgan als durchaus nicht Ehrenwürdiges proclamiert worden.“ Weil hier von einem offiziellen Parteiorgan gesprochen wird, und weil wir Mitglieder der socialdemokratischen Fraktion des Reichstags, als die offiziellen Vertreter der Partei, in erster Linie immer für dasselbe verantwortlich gemacht werden und sich diese Bemerkung deshalb direct auf mich und meine Freunde hier bezieht, erkläre ich, daß ich diesen Satz als eine verleumderische Beleidigung gegen meine Parteigenossen betrachte, die ich ganz entschieden zurückweise, umso mehr, als ich im vorigen Jahre die socialdemokratische Fraktion öffentlich in allen Blättern erklärt hat, daß dieses Organ nicht mehr mit mir in Verbindung steht. Hier liegt eine Verleumdung vor, ich weise sie entschieden zurück und bemerke, daß ich ein solches inames Schriftstück nur mit Verachtung betrachten kann. Das Haus tritt darauf in die erste Lesung des Gesetzentwurfs für Elsaß-Lothringen, betreffend die Ernennung und Befolgung der Bürgermeister und Beigeordneten.

Unterstaatssecretär Bad: In Elsaß-Lothringen ist in der französischen Gemeindegesetzgebung bei allen Wandlungen, welche dieselbe erfahren hat, doch stets der Grundsatß festgehalten worden, daß die Regierung die Bürgermeister und Beigeordneten ernannt. In den größeren Städten erfolgt die Ernennung durch das Staatsoberhaupt, in den kleineren durch den Präfecten, an dessen Stelle in Elsaß-Lothringen der Bezirksvorsteher getreten ist. Bestimmend ist wohl unzweifelhaft der Umstand gewesen, daß nach dem älteren Gemeinrecht der Bürgermeister nicht bloß die Gemeindeverwaltung führt, sondern auch als Staatsbeamter fungirt. Er ist nach der bestehenden Gesetzgebung in sehr weitgehendem Maße Organ der allgemeinen Landesverwaltung. Auch heute noch wird, wenn wir von den Städten Straßburg, Metz und Mühlhausen absehen, wo eine kaiserliche Polizei functionirt, die gesammte Polizei in erster Instanz in sämtlichen Gemeinden durch den Bürgermeister gehandhabt. Ein Schwanken in der Gesetzgebung hat insofern stattgefunden, als die Regierung mehr oder minder bei der ihr obliegenden Ernennung in der Wahl der Person beschränkt worden ist. Das Gesetz vom Jahre 87), welches die erste Gemeindeverfassung enthält, hat weder dem Staatsoberhaupt, noch dem Präfecten überhaupt eine Schranke gezogen, sondern es hat die Wahl der Personen für das Bürgermeistertum vollständig ins freie Ermessen gestellt. Erst später ist namentlich durch das Gesetz von 1831 insofern der Regierung eine Schranke gezogen worden, daß sie bei der fraglichen Ernennung an die Mitglieder des Gemeinderathes gebunden ist. Dieses Gesetz ist jedoch wieder durch dasjenige vom 5. Juli 1855, welches die Grundlage der heutigen Gemeindeverfassung bildet, aufgehoben worden. Durch dieses Gesetz ist die Beschränkung, welcher die Regierung unterworfen war, abgeändert worden. Es ist dieses Gesetz in Kraft gewesen bis unmittelbar vor Eintreten der deutschen Herrschaft. Das Gesetz vom 22. Juli 1870 hat die Beschränkung der Regierung wiederhergestellt, bei der Ernennung der Bürgermeister und Beigeordneten lediglich Mitglieder des Gemeinderathes in Betracht zu ziehen. Diese Bestimmung hat, während die deutsche Herrschaft in Elsaß-Lothringen stattfand, Schwierigkeiten hervorgerufen und es war notwendig im Jahre 1872, wie die Motive näher darlegen, in einzelnen Gemeinden, um die Gemeindeverwaltung überhaupt in ordnungsmäßigem Gang zu halten, ein Ausnahmengesetz zu schaffen, welches die Regierung ermächtigt, unter gewissen Voraussetzungen durch Commissäre nicht bloß die Functionen des Bürgermeisters ausüben zu lassen, sondern denselben auch alle Rechte und Pflichten eines Gemeindevorstandes zu übertragen. Dieses Gesetz ist lediglich als Ausnahmengesetz für die Uebergangszeit geschaffen worden, und ist auch in diesem Sinne von der Regierung stets behandelt worden. Es ist im Verhältnisse zur Zahl der Gemeinden nur in einer verschwindend kleinen Anzahl von Gemeinden überhaupt zur Ausübung gekommen. Es ist vielmehr bis zur heutigen Stunde die französische Gemeindeverfassung in Kraft. Man mag daraus vielleicht die Regierung einen gewissen Vorwurf herleiten, und es sind ja unzweifelhaft Schädigungen mit diesem Zustand der Dinge verbunden; schon der Umstand, daß das Gebiet der hier in Frage stehenden Gesetzgebung lediglich durch uneränderte, aus der französischen Zeit her bestehende Gesetze geregelt ist, erweckt ja leicht bei dem gemeinen Mann die Vorstellung, als ob sich in den staatsrechtlichen Verhältnissen des Landes überhaupt nichts geändert hat. Auf der anderen Seite wird man bei unbefangener Betrachtung der Regierung vielleicht auch darin Recht geben, daß sie auf diesem Wege das Experimentiren, welches ihr eigenes Ansehen notwendig beeinträchtigen müßte, zu vermeiden hat. Es war ja, wie es beispielsweise in der preussischen Gesetzgebung beachtet ist, provinziellen Eigenthümlichkeiten Rechnung zu tragen. Das thun kann aber nur jemand, der Land und Leute kennt, der aus langjährigen Beobachtungen den eigenthümlichen Verhältnissen des Landes nahe getreten ist. Heute glaubt die Regierung die notwendige Erfahrung zu besitzen, um auf diesem Gebiete einen entscheidenden Schritt nach vorwärts zu thun. Wenn sonach als erster Grundsatß in dem vorliegenden Gesetzentwurf festgehalten wird, daß die Schranke, welche der Regierung gegenwärtig bei der Ernennung der Bürgermeister gesteckt ist,

beseitigt werden solle, wenn damit zugleich auf den früher im Lande bestehenden gesetzlichen Zustand zurückgegangen wird, so hebt der § 2 ein anderes Princip auf, welches in der Gemeindegesetzgebung Geltung hat. Es ist das das Princip der Unentgeltlichkeit der Verwaltung. Die Regierung läßt sich dabei wesentlich von dem Gesichtspunkte leiten, daß wenigstens in den größeren Städten allmählig auch eine Ernennung von Berufsbürgermeistern bewirkt werden muß. Ich glaube, in diesem hohen Hause, dem so viele in der Gemeindeverwaltung und anderen Verwaltungen thätige Mitglieder angehören, kaum nöthig zu haben, näher darauf einzugehen, wie es bei den mannichfachen Aufgaben, die die heutige Gemeindeverwaltung stellt, kaum möglich ist, daß ein solches Amt gewissermaßen als nebenächlich verwalte wird. Es ist dabei der Umstand maßgebend gewesen, daß befristet werden muß, daß bei Beibehaltung des bisherigen Zustandes entweder die Gemeindeverwaltung in einem Zustand der Stagnation geräth, oder daß sie den unverantwortlichen Schreibern zur Last fällt. § 2 geht lediglich darauf hinaus, der Regierung die Bestellung von Berufsbürgermeistern zu ermöglichen. Zur Uebrigem liegen hier die Verhältnisse nicht so, daß bisher das Princip der Unentgeltlichkeit streng durchgeführt wäre. Da das Gesetz zuläßt, den Bürgermeistern Repräsentations-Kosten zu bewilligen, findet man fast in allen Budgets der Gemeinden des Landes Posten ausgeworfen, welche dazu bestimmt sind dem Bürgermeistern eine Entschädigung für seine Mißverwaltung zu gewähren. In der That also functionirt der § 2 in der Fassung, in der er vorgeschlagen ist, das, was heute als thatsächlicher Zustand besteht. Die §§ 3, 4 und 5 enthalten keine grundsätzlichen Bestimmungen. Sie sind lediglich nebensächlich als praktische Folgen der Bestimmungen, die in den §§ 1 und 2 getroffen worden sind. Bei der Anstellung der Berufsbürgermeister wird die Regierung genöthigt sein, häufig auf Beamtenkategorien zurückzugreifen, die nach dem Reichsbeamtengefeß nicht zur Verfügung gestellt werden können. Es sind deshalb in diesem Paragraphe Bestimmungen getroffen, welche solchen Beamten die Garantie dafür bieten, daß sie in Bezug auf ihre dem Staate gegenüber erworbenen Ansprüche nicht schlechter gestellt werden, als wenn sie im Staatsdienste verblieben. Meinerseits kann ich nur bitten, daß der hohe Reichstag diesem Gesetze womöglich seine einstimmige Zustimmung erteilen möge. Dasselbe wird eine nothwendige Stärkung des Einflusses der Landesregierung herbeiführen, es wird die Gemeindeverwaltung stärken und es wird keine berechtigten Interessen verletzen. (Beifall.)

Abg. Grueber (Sl.): Durch das Gesetz soll in der Gemeindeverfassung eine sehr tiefgehende und verhängnisvolle Umwandlung stattfinden. Bei der Veränderung, die man als allein seligmachendes Mittel für die Ordnung im Reichslande anpreist und uns aufzotroyiren will, wird es sich der Mühe lohnen, zu fragen: Was will dieses Gesetz? Woher kommt es und wohin geht es? Das Gesetz ist eines der einschneidendsten, welches bisher dem Reichslande gegeben ist. Es wird der Regierung damit ein Kampffeld in die Hand gegeben. Was wird die Folge sein für den Gemeindevorstand? Wenn dort ein fremder Bürgermeister von der Ober oder von der Spree hinkommt, so kann er das Vertrauen der Gemeinde nicht finden. Die Gemeindevorstände werden belastet durch die Bestimmungen des Bezirkspräsidenten. Mit diesem Gesetze hat die Regierung die Gewalt, in jedes kleine Dorf einen Dictator in Gestalt des Dorfschulzen zu setzen, und meist gerade den schüchternen und ungeeigneten. Ich finde für dieses Gesetz keine andere Erklärung, als daß es die Strafe für unsere Wahlen ist. Ich gehe, mir wäre es lieber gewesen, wenn man uns überhaupt gleich das Wahlrecht zum Reichstag und Landesausstich genommen hätte. Weiter legt dieses Gesetz den bereits überlasteten Gemeinden neue Kosten auf und zwar ganz nach Belieben der Regierung. Der Bürgermeister wird zur Creatur des Staates. Seien Sie überzeugt, dies Gesetz wird dazu führen, das Gemeindevorstand zu vernichten, die Gemeinde wird in jedem ihr von der Regierung aufgedrungenen Bürgermeister einen Spion, einen Spieß erblicken. Man wird uns als Vertrauensmänner Leute aufdrängen, zu denen wir kein Vertrauen haben können. Es ist nicht gut, daß man in dieser Weise das Mißtrauen schürt durch ein Gesetz, welches ich nur ein Ausnahmengesetz nennen kann. Sorgen Sie durch Ablehnung dieses Gesetzes dafür, daß Elsaß-Lothringen kein Schandfleck für Deutschland werde, wie Island für England.

Abg. v. Cury (natl.): Meine politischen Freunde theilen die Ansicht des Borredners nicht, daß durch dieses Gesetz Elsaß-Lothringen ein Irland für Deutschland werden wird. Wir sind vielmehr überzeugt, daß in nächsten Jahrhundert Elsaß-Lothringen ebenso deutsch gefüllt sein wird wie irgend ein anderer Theil des Deutschen Reichs. (Beifall.) Wir sind auch sehr überzeugt, daß das vorliegende Gesetz diese Entwicklung fördern wird. Wir werden dieses Gesetz also bewilligen. Der Standpunkt, auf den wir uns bei der Ausübung der Landesgesetzgebung von Elsaß-Lothringen in dieser Frage stellen, ist von dem Borredner nicht richtig angegeben worden. Die Bürgermeister, um deren Ernennung und Befolgung es sich in diesem Gesetz handelt, sind nicht lediglich als Organe und Vertrauensmänner der Gemeinden anzusehen, sondern sie sind, wie der Herr Staatssecretär ganz ausdrücklich hervorgehoben hat, in weiterem Maße Organe der allgemeinen Landesverwaltung, und wir hier wollen, daß die allgemeine Landesverwaltung in Elsaß-Lothringen in deutschem Sinne geführt werde. Wir machen den Elsaß-Lothringern keinen Vorwurf daraus, wenn sie sich nicht begeistern für das Land, mit dem sie jetzt in Folge eines Krieges verbunden sind, welcher ja für dieses Land viel Trauer herbeigeführt hat, gerade viele seiner tapferen Söhne bildeten den Kern der französischen Armee und viele sind ebenwohl im Kriege gefallen, und wenn dieses Land nun um seine gefallenen Söhne trauert, so ist das nur menschlich, und selbst der deutsche Starren, der sich darin zeigt, daß sich das Land noch nicht mit tausend Fanden der Hinneneigung mit Frankreich verbunden fühlt, ist eine ehrenhafte Eigenschaft. Wir verlangen also keine Begeisterung von dieser Generation, die jetzt mit Deutschland wieder vereinigt ist, aber in einer späteren Generation wird diese Begeisterung vorhanden sein. Auch meine engeren Landsleute, die Rheinländer, sind eine Zeit von Deutschland getrennt gewesen. Auch damals war das Gefühl für Deutschland am Rhein vielfach geschwächt. Jetzt, nachdem zwei Generationen vergangen sind, ist in Rheinland das Gefühl für das Deutsche Reich ebenso stark wie anderswo. So wird das später in Elsaß-Lothringen auch sein. (Beifall.) Wir verlangen also keine Begeisterung, sondern nur, daß die Elsaß-Lothringer sich auf den bestehenden Rechtszustand stellen, kraft dessen sie mit Deutschland verbunden sind, kraft dessen auch die allgemeine Landesverwaltung sowohl an der Centralstelle wie in jeder einzelnen Gemeinde in deutschem Sinne geführt werden muß. Dazu ist es notwendig, daß sich die Landesregierung auf die Gemeindeorgane, auf die Bürgermeister, verlassen kann; und wir erwarten auch, daß die Landesverwaltung von diesen nicht im Stich gelassen wird. Es gab eine Zeit, wo manche Klagen über die Organe der Landesverwaltung laut wurden. Dieselben sind aber in neuerer Zeit verschwunden, und ich hoffe, daß sie auch in Zukunft nicht wieder kommen werden. Dieses angelegliche Kampffeld stimmt mit dem, was in einem großen Theile Deutschlands, meiner eigenen Heimath, der Rheinprovinz gilt, überein. Soll denn die Bestimmung, nach welcher der Bürgermeister nicht aus dem Gemeinderath genommen zu werden braucht, als eine Zusatze für die Rheinlande angesehen werden? Der Herr Borredner hat nun bezüglich der Wahlen alles mögliche vorgebracht, was doch mit der Sache in sehr entferntem Zusammenhang steht. Er hat nur die Gelegenheit benutzen wollen, um darüber zu sprechen. Sind ferner die wirtschaftlichen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen irgenwie andere als diejenigen, die täglich aus allen Ecken des Reichs berichtet werden? Die Klagen über die traurige Lage des Weizenbaues, den sinkenden Preis des Grundeigentums, das sind alles allgemeine Klagen. Dieser Nothstand ist allgemein in Europa, z. B. Oesterreich, in Ungarn und ganz besonders in Frankreich. (Beifall.) Schon seit mehreren Jahren sind deshalb auch in Frankreich gesetzgeberische Maßregeln getroffen worden. Genau dieselben Klagen würden auch ohne den Krieg von 1870 in diesem Augenblicke aus Elsaß-Lothringen wahrscheinlich gekommen sein, wenn die Elsaß-Lothringischen Abgeordneten jetzt statt im deutschen Reichstage in der französischen Nationalversammlung säßen. (Sehr richtig!) Das hat mit der Politik absolut nichts zu thun. Ich wiederhole: Wenn der Kaiser und wenn der Bundesrath von der Befugnis, die ihnen offen steht, die Landesgesetze im Wege der Reichsregierung zu regeln Gebrauch machen und zu diesem Behufe an den Reichstag herantreten, so wird für meine politischen Freunde der entscheidende Gesichtspunkt immer der sein, daß es ein nationales Postulat ist, in Elsaß-Lothringen die Landesregierung, die Landesverwaltung mit denjenigen Mitteln auszustatten und ihr diejenige Stärke zu geben, die erforderlich ist, damit das Reichsland gemäß den deutsch-nationalen Interessen verwaltet werde. In diesem Sinne werden wir auch für dieses Gesetz stimmen. (Beifall.)

Abg. Frhr. von Dietrich (Sl.): Wie schon Unterstaatssecretär Bad

*) d. h. vom Jahre 1800. Die Aera der französischen Revolution hob vom 22. September 1792 an. Sie galt bekanntlich nur 12 Jahre und wurde am 9. September 1805 wieder abgeschafft.

gesagt hat, hat die Regierung von der Ermächtigung eine commissarische Gemeindeverwaltung einzurichten, also den Bürgermeister außerhalb des Gemeinderaths zu wählen nur in einer verschwindend kleinen Zahl von Fällen Gebrauch gemacht, eigentlich nur in Straßburg. Auch hier ist die Regierung wieder zu dem früheren Zustand zurückgekehrt. Das zeigt am besten, wie wenig notwendig das vorgelegte Gesetz ist. Man beruft sich auf die Nothwendigkeit, den Bürgermeistern dagegen zu schützen, daß er nicht durch Nicht-Wiederwahl in den Gemeinderath aus seinem Amte gebracht werde. Aber gerade in Straßburg, wo Herr Bach seine Beobachtungen gemacht hat, hat man, weil die Regierung Herrn Bach zum Bürgermeister zu machen wünschte, diesen in den Gemeinderath gewählt. Allerdings bedarf die Verwaltung einer großen Stadt größerer Arbeit und größerer Stetigkeit, aber man wird dort von selbst nicht von 5 zu 5 Jahren einen Wechsel vornehmen. Das zeigt z. B. die Stadt Mühlhausen, wo gerade die Regierung den langjährigen verdienten Bürgermeister aus dem Amte gebracht hat. Man kann das vorgelegte Gesetz also nur aus Rücksicht für den Ausfall der Reichstagswahlen betrachten, und es hat in ganz Elsaß-Lothringen ein Gefühl der Beängstigung und Beklemmung hervorgerufen. Die öffentlichen Lasten sind groß, in der ländlichen Bevölkerung herrscht vielfach Verarmung. Mit den letzten Reichstagswahlen hat unsere Bevölkerung nur sagen wollen: „Wir können nicht noch höhere Lasten tragen, eine Erhöhung der Militärlast würde uns zu schwer bedrücken. Denn jeder junge Mann, der als Soldat eingezogen wird, fehlt in der Wirtschaft, er bedeutet einen Verlust von 500 Mark.“ Auch gegenüber dem Statthalter Feldmarschall Manteuffel wurden diese Gewaltmaßregeln verlangt, aber die Zukunft wird zeigen, daß es nur schlechten Erfolg hat, wenn der Statthalter jeden Tag dem ausgesetzt ist, von hier und von dort zu strengen Maßregeln gedrängt zu werden. Wenn der Statthalter zu solchen Maßregeln gedrängt wird, dann wird er sich nicht im Lande halten können, sondern wenn er sich die Liebe des Landes zu erwerben weiß. Die Germanisation, um dieses Wort auszusprechen, von Elsaß-Lothringen wird vielleicht in 100 oder 200 Jahren erreicht werden, aber durch diese Gewaltmaßregeln wird man sie nicht erzielen.

Unterstaatssecretär v. Puttkamer: Ich muß zunächst feierliche Verwahrung einlegen gegen die Auffassung der Abg. Querber und von Dietrich, als ob dieser Gesetzentwurf in irgend einem Zusammenhang mit den Reichstagswahlen steht. Beide Redner haben das Gesetz kritisiert als einen Act der Rache und der Strafe für die Wahlen und als ein Ausnahmengesetz. Ich bin um so mehr über diese Auffassung erstaunt, als die Herren ja wissen, daß der Reichstagszustand, den wir einzuführen beabsichtigen, derjenige ist, unter dem sie ununterbrochen in Frankreich gelebt haben. (Hört! hört!) Der Abg. v. Cuny und mein Colleague haben bereits ausgeführt, daß von 1852 bis 1870 die Ernennung der Bürgermeister ein Recht der Regierung war. Zur Zeit der Julimonarchie war es allerdings die Regel, daß die Bürgermeister aus den Kreisen der Gemeinderäte ernannt wurden. Die waren aber damals ganz anders organisiert, von einer Wahl durch allgemeines directes Stimmrecht war damals nicht die Rede und eine Maßregel, die zur Zeit der französischen Julimonarchie möglich war, stellt sich in einem Augenblicke ganz anders dar, wo der Kreis der Personen, aus denen der Bürgermeister zu entnehmen ist, aus allgemeinem, directem Stimmrecht hervorgeht. In Frankreich selbst hat man denn auch die Unmöglichkeit dieses Rechtszustandes eingesehen, die Ernennung der Bürgermeister ist seit 1870 nicht weniger als viermal dort Gegenstand anderer Gesetze gewesen, und im Jahre 1874 kehrte die französische Republik einfach zu demjenigen Wege zurück, die wir in diesem Gesetzentwurf Ihnen vorschlagen. (Hört! hört!) Jetzt, wo in der französischen Republik die Richtungen mehr nach links gehen, hat man allerdings dieses System wieder verlassen. Aber nach diesen Mittheilungen werden die Mitglieder des Reichstages zugeben müssen, daß doch die Wiederherstellung des alten traditionellen Rechtes, desjenigen, unter dem die beiden Herren gelebt und sich sehr wohl befunden haben, unmöglich als ein Act der Strafe aufgefaßt werden kann, als eine Gewaltmaßregel, oder weiß Gott was. (Sehr richtig!) Ich muß also gegen diese ganz unrichtige Charakterisirung des Vorgehens der kaiserlichen Regierung in Elsaß-Lothringen feierliche Verwahrung einlegen. Daß unsere Polizeiorgane jetzt anders als vor den Wahlen, daß sie mit größerer Strenge und über ihre Pflichten hinaus verfahren, davon, muß ich sagen, ist nichts zur Kenntniß der Regierung gekommen. Die Herren, welche heute sich darüber beschwert haben, wären ja in der Lage gewesen, diese Beschwerde zur Kenntniß der staatlichen Organe zu bringen. Aber es ist nichts deraergisches geschehen; ich glaube daher, den Vorwurf zurückweisen zu müssen, daß von den unteren Organen der Staatsverwaltung zur Zeit in Folge des Gefühls des Hasses gegenüber der Bevölkerung über das Maß ihrer Pflichten hinausgegangen wird. Die Auffassung des Abg. v. Dietrich, als sei es beabsichtigt, nunmehr das ganze Land mit deutschen Beamten zu überschwemmen, ist mir nach dem einleitenden Vortrage meines Collegen doch in der That unerfindlich. Man will nur innerhalb der Gemeinden freiere Hand haben, und wie wichtig das ist nach der Natur der französischen Verfassung, dafür möchte ich Ihnen einen Auspruch von Eblers anführen, welchen er in der französischen Nationalversammlung 1871 gethan hat. Er erklärte, wenn man von ihm verlange, daß er im Lande die Ordnung aufrecht erhalte, so müsse man ihm auch die Mittel dazu in die Hand geben, und das lasse sich nicht thun, wenn die Bürgermeister nicht nach den Intentionen der Regierung handeln und ihr gegenüber zuverlässig und ergeben seien. Die französische Gesetzgebung schreibt schon im Jahre 1789 vor, daß die Bürgermeister nicht bloß, wie in Deutschland, communale Functionen haben, sondern vielmehr Organe der Staatsgewalt, nicht allein für die Handhabung der Polizei, sondern auch der Gesetzgebung im Allgemeinen sind. Daron ist man in Frankreich noch niemals zurückgekommen. Nun hätte sich vielleicht für Elsaß-Lothringen eine Trennung der Functionen der Bürgermeister durchführen lassen, allein man ist von diesem Gedanken zurückgekommen, weil man sich sagte, daß Reibungen zwischen den beiden Organen der Staats- und Gemeindeverwaltung bei der Natur der dortigen Gesetzgebung nicht zu vermeiden gewesen wären. Man ist dabei geblieben, den Bürgermeister als Staats- und Gemeindebeamten bestehen zu lassen. Auch in Frankreich haben derartige Erwägungen zur Folge gehabt, daß fortwährend die Frage der Ernennung der Bürgermeister den Gegenstand der Gesetzgebung bildet. Man hat aber stets sowohl zu den Zeiten der Monarchie wie der Republik Gewicht auf die Ernennung der Bürgermeister gelegt. Das vorliegende Gesetz wird ja den Zweck nicht haben können, daß nun mit einem Male in den Gemeinden andere und bessere Elemente auftreten. Die Erwartung, der wir uns hingeben können, ist nur die, daß diese Maßregel in Verbindung mit anderen allmählig dazu führen wird, diejenigen Banden festzuknüpfen, die Elsaß-Lothringen notwendig mit Deutschland verknüpfen müssen. Ich glaube, daß die Regierung mit Recht die Erwartung hegen darf, daß sie, wenn sie an den deutschen Reichstag appellirt, um Vollmachten zu erlangen, zum Zweck der Kräftigung des Bundes zwischen den Reichslanden und Altdeutschland — und nur in dem Sinne dürfen diese Gesetze aufgefaßt werden — in diesem Hause keine Fehltritte thut. Es sind diese Gesetze als unbedingte Nothwendigkeit zu erkennen, wenn die Regierung für die weitere Entwicklung der Zustände verantwortlich zu machen ist. (Beifall.)

Abg. Dr. Windthorst (Centrum): Meine Freunde und ich sind der Meinung, daß der durch den Krieg 1870 für Elsaß-Lothringen herbeigeführte Zustand ein unabänderlicher ist. Wir sind der Meinung, daß die Elsaß-Lothringer nicht genug daran gemahnt werden können, dies anzuerkennen. Es ist dies sowohl zu ihrem Heile wie dem ihres Landes. Denn man nährt sonst nur in Frankreich Gefühle der Revanche, die diesem zum Unheil gereichen. Darum bitte ich sie im Interesse ihrer selbst, ihres alten und ihres neuen Vaterlands, sich in die Verhältnisse zu fügen. Dann aber muß ich erklären, daß ich und der größte Theil meiner Freunde die Regierungs-methode, welche Herr von Manteuffel vertreten hat, für die richtige halte. Ich will nicht jede einzelne Maßregel dieses großen Mannes abjourniren vertreten, doch weil ich nicht jede einzelne kenne. (Große Heiterkeit.) Aber wir wären viel weiter in Elsaß-Lothringen, wenn dieser große Mann hätte frei schalten können, aber von oben wie von unten hat man ihm entgegen-gewirkt und namentlich von einer Clique von Professoren in Straßburg, die noch jetzt in gleicher Richtung unheilvoll wirkt. Ich verwerfe diese Maßregel auf das entschiedenste und hoffe, daß auch die Mehrzahl meiner Freunde das thun wird. Von zwei Elsaß-Lothringern, einem sogenannten Ultramontanen und einem Protestanten, ist das gleiche Urtheil über das Gesetz gefällt worden. Zu meinem Bedauern haben sich in letzter Zeit einige Elsaß-Lothringer zu verbredlichen Handlungen verhalten lassen, und eben darum forderte ich Sie auf, sich besser den Verhältnissen zu fügen. Aber das dies auch in den letzten Reichstagswahlen zum Ausdruck gekommen sei, muß ich befreiten, und was Herr von Dietrich aus einem Wahlaufruf vorgelesen hat, das muß ein Verrücker geschrieben haben. Ich stimme mit dem Staatssecretär von Puttkamer darin überein, daß nicht ein Mann, der selbst erklärt, französische Gefinnungen zu haben, an der Spitze der Gemeindeverwaltung stehen darf. Aber ist es darum nöthig, ein solches Gesetz zu schaffen? Das kann nur der billigen, der auf dem Boden der französischen Anschauungen, der Präfectenwirtschaft, steht, während deutsches Princip die Autonomie ist.

Der Reichskanzler hat einmal mit seinem staatsmännischen Blick gesagt, man müsse Elsaß-Lothringen durch eine gesunde Autonomie gegenüber der französischen Präfectenwirtschaft gewinnen. Ich bedauere, daß er dann dieses Gesetz hat unterschreiben können, und daß er jetzt nicht hier ist, ich halte eine gesunde autonome Gemeindeverwaltung für einen Grundstein eines gesunden Staatslebens. Hier aber beabsichtigt man eine Revanchemaßregel, eine Reaction bis vor die Zeit Manteuffels, während man doch die Möglichkeit hat, durch die commissarische Verwaltung da einzuschreiten, wo es nöthig ist. Man sagt, das sei ein Anfang zur Regelung der Gemeindeverwaltung. Aber seit wann greift man so ein Stück aus dieser heraus? Das ist französische Art, nicht deutsche, und was will man thun? Man hebt das bisherige Autonomie, das noch existirt auf, und von Straßburg bis zum kleinsten Dorfe soll der Bürgermeister von der Regierung ernannt werden und zwar nicht bloß aus Gemeindeeingesessenen, sondern ganz gleich, woher der Mann sei. Der Erfolg wird sein, daß man eine Reihe Bürgermeister entfernen wird, und daß man ihre Stelle mit deutschen Civilwärttern besetzen wird. Ein neuer Einmünderstrom wird sich aus Altdeutschland nach Elsaß-Lothringen ergießen, aber damit wird man nicht die Bevölkerung gewinnen, sondern sie sich immer mehr entfremden. Dabei will man jetzt, wo wir hören, die Lasten in Elsaß-Lothringen kaum noch erträglich sind, sie durch dieses Gesetz noch erhöhen. Worauf die Regierung hinaus will, sagt sie uns nicht. Handelte es sich bloß um eine Erweiterung der commissarischen Verwaltung, so könnte ich wohl bestimmen, aber einem derartigen organischen Gesetz kann ich niemals meine Zustimmung geben. (Lebhafter Beifall im Centrum und bei den Elsaßern.)

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Die Erfahrung hat gezeigt, daß man mit der früheren Milde den Elsaß-Lothringern gegenüber nicht weiter kommt. Die Regierung würde daher ihre Pflicht verlegen, wenn sie nicht einen anderen Weg beschritte. Es ist weit gekommen, wenn unter den Augen des Bürgermeisters die Feuerwehr Feste feiert, bei denen nur französisch gesprochen wird und nur französische Fahnen wehen. Dagegen muß eingeschritten werden. Ich möchte auch den Herren Elsaßern empfehlen, hier einen bescheidenen Ton anzuschlagen. Kein anderes Parlament der Welt würde sich die Art gefallen lassen, wie sie hier auftreten. Mögen die Elsaß-Lothringer zeigen, daß sie ohne Hintergedanken ruhig ihren Geschäften nachgehen, dann werden wir ihnen andere Gesetze gemäher können.

Abg. Simonis (Elf.) kann in der Vorlage nur eine Revanchemaßregel sehen. Die behauptete französische Propaganda in Elsaß-Lothringen befreite er und verlange Aufklärung darüber. Die Verurteilung auf die französischen Gesetze stehe der Regierung schlecht an. Der Regierung ist in diesem Gesetz gefordert worden, die Beamten, welche für den Reichstag nichts anderes als abhandeln. Die Beamten, welche mit den Gemeindeverhältnissen vertraut seien, wolle man entfernen und dafür andere setzen, welche in der Gemeinde fremd seien. Die Regierung sollte doch etwas weniger auf ihre Beamten und etwas mehr auf die Gemeinden hören. Diese würde stets gern bereit sein, der Regierung geeignete und genehme Männer zu bezeichnen. Wie man aus so kleinlichen Anlässen die Rechte eines ganzen Volkes aufheben wolle, das sei nicht zu begreifen. Aus sozialem und ethischem Interesse, im Interesse der Gemeinden und des Landes müßte das Gesetz abgelehnt werden.

Abg. Dr. Windthorst beantragte, die Vorlage einer Commission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Schrader (deutschl.) ist bereit, die Regierung in ihren Bestrebungen, Elsaß-Lothringen zu einem integrierenden Theil Deutschlands zu machen, zu unterstützen, bezweifelt aber die Zweckmäßigkeit des vorgelegten Gesetzes. Aus der weiteren Verhandlung werde sich erst zu ergeben haben, ob diese einschneidende Maßregel genügend motivirt sei.

Die Discussion wird geschlossen.

Der Antrag auf Ueberweisung der Vorlage an eine Commission wird gegen die Stimmen des Centrums, der Socialdemokraten und eines Theils der Freisinnigen abgelehnt. Die zweite Berathung der Vorlage wird daher im Plenum stattfinden.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr; Rest der heutigen Tagesordnung und Gesetzentwurf, betr. die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen.

Schluß 5¼ Uhr.

* Berlin, 10. Juni. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht heute folgendes Bulletin über das Befinden des Kaisers: „Se. Majestät der Kaiser und Königin haben die letzten Tage, von krampfhaften Unterleibsbeschwerden vielfach beunruhigt, fast ausschließlich im Bette zugebracht. Auch hat sich eine katarthalische Reizung der Augenlider hinzugesellt.“ Dagegen meldet der sogenannte Hofbericht: „Das Befinden des Kaisers ist heute, nachdem der Schlaf in der verflochtenen Nacht weniger häufig unterbrochen war, ohne wesentliche Veränderung.“ Außerdem verlautet, der Kaiser habe intensiver Heiserkeit Dr. Makenzie consultirt.

Ueber das Befinden des Kronprinzen ist heute Weiteres nicht bekannt geworden. Die „Voss. Ztg.“ hält ihre Behauptung von einer am Mittwoch stattgefundenen erfolgreichen Operation aufrecht und fügt hinzu, daß die auf gestern anberaumte Consultation zwischen Dr. Makenzie und den deutschen Aeryten auf heute Freitag verschoben wurde, weil Prof. Virchow's Bericht über die mikroskopische Untersuchung der von Dr. Makenzie entfernten Gewächstheile nicht eingegangen war.

* Berlin, 10. Juni. In der Zuckersteuer-Commission des Reichstages haben für die zweite Lesung die Abgeordneten Frhr. v. Triesen, v. Goldfus, Hulshof, v. Kardorff, Nobbe, v. Rauchhaupt, Steudt, Graf zu Stolberg-Bernigerode und Wichmann, sämmtlich der conservativen Fraction bezw. der Reichspartei angehörig, eine Reihe wichtiger Abänderungsanträge eingebracht. Zunächst verlangen sie, daß vom 1. August 1888 ab von anderem Zucker jeder Art und Beschaffenheit (außer Syrup und Melasse) ein Eingangszoll von 35 M. statt von 30 M. für 100 Kilogramm erhoben werden soll. Dem Alinea 3 des § 4 wollen sie folgende Fassung geben: „Die Zuckersteuer (Materialsteuer, Verbrauchsabgabe) ist gegen Sicherheitsbestellung zu funden. Für eine Frist bis zu 3 Monaten kann jedoch die Abgabe auch ohne Sicherheitsbestellung gestundet werden, falls nicht Gründe vorliegen, welche den Eingang gefährdet erscheinen lassen.“ — Im § 6 verlangen die Genannten eine Erhöhung der Steuervergütungssätze, und zwar a. für Rohzucker von mindestens 90 Procent Polarisation und für raffinirten Zucker von unter 98, aber mindestens 90 Procent Polarisation von 10 Mark auf 10,50 Mark; b. für Rands und für Zucker in weißen, vollen, harten Broden, Blöcken, Platten, Stangen oder Würfeln, oder in Gegenwart der Steuerbehörde zerleinert, ferner für andere vom Bundesrath zu bezeichnende Zucker von mindestens 99½ Procent Polarisation von 12,50 Mark auf 13,15 Mark; c. für alle übrigen harten Zucker, sowie für alle weißen trockenen (nicht über 1 Procent Wasser enthaltenden) Zucker in Krystall-, Krümel- und Mehlform von mindestens 98 Procent Polarisation, soweit auf dieselben nicht der Vergütungssatz unter b Anwendung findet, von 11,70 Mark auf 12,30 Mark. — Weiter wird beantragt, dem von den baulichen Einrichtungen der Zuckerfabriken handelnden § 12 folgenden Alinea 2 anzufügen: „Den Inhabern bereits bestehender Zuckerfabriken wird die Steuerbehörde bis zum 1. April 1888 mittheilen, welche baulichen Abänderungen und Einrichtungen zufolge des gegenwärtigen Gesetzes von ihnen auszuführen sind. Die Ausführung muß im Einverständnis mit der Steuerbehörde geschehen.“ — Im letzten Absatz des § 13 wird ein Ersatz der erstmaligen Kosten aus der Reichskasse nicht bloß für die sichere Umfriedigung, sondern für alle von dem neuen Gesetz vorgeschriebenen baulichen Einrichtungen an die bereits bestehenden Zuckerfabriken verlangt. — Eine zu § 16 vorgeschlagene Aenderung ist rein redactioneller Natur. — Im § 19 soll nachstehendes Alinea 2 gestrichen werden: „Den

Inhabern bereits bestehender Zuckerfabriken wird die Steuerbehörde rechtzeitig vor dem 1. August 1888 mittheilen, welche baulichen Aenderungen und Einrichtungen zu Folge des gegenwärtigen Gesetzes von ihnen auszuführen sind. Die Ausführung muß im Einverständnis mit der Steuerbehörde geschehen.“ — Im § 26, welcher von den Betriebsanzeigen handelt, soll die Frist für die Betriebsanzeige von vierzehn Tagen auf eine Woche vor jeder Betriebsperiode verkürzt werden. — Andere Vorschläge betreffen redactionelle Aenderungen.

* Berlin, 10. Juni. Die zweite Berathung der Branntweinsteuer-Vorlage im Reichstage ist für Montag, den 13. dieses Monats, und die folgenden Tage in Aussicht genommen. Hieran soll sich die zweite Berathung des Zuckersteuergesetzes anschließen und unmittelbar darauf die dritte Berathung beider Gesetze stattfinden. Von nationalliberaler Seite wird dahin gewirkt, daß beide Gesetze, sowie die etwaigen weiter nach zu erledigenden Vorlagen bis Sonnabend, den 18. d. M. durchberathen werden, um die Abgeordneten nicht länger als nöthig hinzuhalten.

* Berlin, 10. Juni. Im Reichsgesundheitsamte findet am Montag unter dem Vorsitz des Geh. Rathes Köhler eine commissarische Berathung statt, um die Frage zu erörtern, ob eine reichsgesetzliche Regelung des Verkehrs mit Bier in Aussicht zu nehmen sei.

* Berlin, 10. Juni. Das vielbesprochene von socialdemokratischen Abgeordneten verfaßte Flugblatt „An die Wähler Deutschlands“ ist verboten worden.

* Berlin, 10. Juni. Auf ein Guldigungsschreiben des ultramontanen Comités in Elberfeld-Barmen hat der Abg. Windthorst geantwortet: „Wir müssen in geschlossener Reihe den bisherigen Weg unverdrossen fortsetzen; wir dürfen nicht ruhen, bis die volle Freiheit der Kirche errungen ist.“

* Berlin, 10. Juni. Wie der „Voss. Ztg.“ aus Pest telegraphirt, fanden im Uzbach-Neutraer Wahlbezirk vorgestern blutige Kämpfe statt. Antisemitische Hezer wiegelten die Volksmassen auf und diese überfielen das Wahllokal der Liberalen, worin ein zahlreiches Publikum anwesend war. Es gab 8 Tode und 25 Verwundete. Militär und Gendarmen sind am Thore eingetroffen. (Vergl. weiter unten das Wolffsche Telegramm aus Wien. — Red.)

* Berlin, 10. Juni. Aus Rom wird der „Germania“ telegraphirt: Nachdem der Herzog von Norfolk keine Verständigung mit dem Vatican erzielt hat, wird der Paps neben Ruffo Scilla noch einen diplomatischen politischen Legaten mit einer Mission nach England betrauen. Derselbe soll bei Gelegenheit des Jubiläums der Königin Victoria mit der englischen Regierung verhandeln, um eine Annäherung zwischen dem Vatican und England in concreten Fragen anzubahnen. Zur Herstellung einer ständigen Legation ist der Paps gleichwohl gegenwärtig nicht geneigt.

* Berlin, 10. Juni. Die Encyclica des hl. Vaters über die sociale Frage wird einer der „Germania“ aus Rom zugehenden Privatmittheilung zufolge im September erwartet. Paps Leo XIII. hat von Publicisten Memoranda über die socialen Verhältnisse ihrer Länder sich einsenden lassen.

* Berlin, 10. Juni. Aus Paris meldet man: Mehrfach wird versichert, der Preis, den das Cabinet für die Unterstüfung der Rechten bezahle, sei die (von der „France“ bereits gemeldete) Vertagung der Weltausstellung auf 1890. — Die französische Regierung beabsichtigt eine Brauerei-Ausstellung, um Frankreich vom ausländischen Bierbezug unabhängig zu machen.

* Berlin, 10. Juni. Nach der „Post“ hat Frankreich die Cabinet informirt, daß es die Bedingungen der ihm officiös bekannt gegebenen englisch-türkischen Convention nicht annehmen könne, und aus London liegt, wie dasselbe Blatt schreibt, die Meldung vor, daß der Sultan in letzter Stunde Schwierigkeiten bezüglich der Ratification der egyptischen Convention erhebt. Die Action des französischen und russischen Volschasters in dieser Sache scheint somit einen gewissen Erfolg zu haben. Die Volschaster der Centralmächte haben diese Action nicht unterstüft.

* Berlin, 10. Juni. Die serbische Ministerkrisis ist nun doch zum Ausbruch gekommen. Ein Privattelegramm der „Voss. Ztg.“ aus Belgrad meldet hierüber Folgendes: Grafkanin überreichte vorgestern neuerdings seine Demission. Der König conferirte wegen Neubildung des Cabinets mit Crific, mit dem General Protko und mit dem Gesandten in Wien, Bogicevic. Ersterer lehnte definitiv ab; die Besprechungen mit den beiden Letzteren dauern fort.

* Berlin, 10. Juni. Ueber einen unschuldig Verurtheilten meldet man: Vor vier Jahren wurde durch das Schwurgericht in Elberfeld ein gewisser Zietzen wegen der Ermordung seiner Ehefrau auf einen Indicienbeweis hin zum Tode verurtheilt. Der Kaiser begnadigte den Verurtheilten zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe, die der Verurtheilte seitdem verbüßt. Soeben hat ein hier in Berlin thätiger Barbiergehilfe, Namens August Wilhelm, der damals Lehrling bei dem Verurtheilten gewesen ist, jetzt eingestanden, daß er und nicht sein Principal die That verübt hat.

* Berlin, 10. Juni. In der Marienburger Lotterie wurde heute der zweite Hauptgewinn von 30 000 M. auf Nr. 187571 gezogen.

* Berlin, 10. Juni. Der Landgerichts-Director Saacke in Hirschberg ist zum Präsidenten des Landgerichts daselbst ernannt worden. Dem Landgerichts-Director Borchardt in Olsch ist der Charakter als Geh. Justizrath verliehen worden.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Bremen, 10. Juni. Die Passagiere des gestrandeten Dampfers „Ober“ wurden am 8. Juni mit den italienischen Dampfern „Raffaello“ und „Rubattino“ von Aken weiterbefördert.

Karlsruhe, 10. Juni. Die zweite Kammer nahm einstimmig sämmtliche Anträge der Regierung betreffs des Ausbaues des Bahnnetzes an.

Mühlhausen i. G., 10. Juni. Dem Reichstagsabgeordneten Balance wurde gestern der Ausweisungsbefehl zugestellt, die Stadt innerhalb 48 Stunden zu verlassen.

Wien, 10. Juni. Die „Neue Freie Presse“ meldet: In Leebegh fanden des Nachts in Folge von Wahlagitationen antisemitische Unruhen statt, wobei das Militär einschritt. 3 Personen wurden getödtet und 5 verwundet.

Szegedin, 10. Juni. Infolge des heutigen Sturmwindes hat sich die Situation verschlimmert. Das Wasser ist neuerdings gestiegen.

Stockholm, 10. Juni. Beide Kammern genehmigten den spanischen Handelsvertrag.

Petersburg, 10. Juni. Nach dem heute veröffentlichten Gesetze wird ausländischer Blättertabak, Rollentabak und Stengeltabak mit einem Schutzoll von 15 Rubel 40 Kopeken Gold pro Pud belegt; der Einfuhrzoll auf Rauchtobak und Schnupftobak um 30, auf Cigaretten und Cigaretten um 33½ Procent erhöht.

Hamburg, 9. Juni. Der Postdampfer „Allermannia“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actien-Gesellschaft ist, von Hamburg kommend, heute in St. Thomas eingetroffen.

Handels-Zeitung.

Breslau, 10. Juni.

* Die deutsche Reichsbank hat den Satz bei Ankauf von Wechseln am offenen Markte von 2 1/4 auf 2 3/8 pCt. erhoeht.

* Oderdampfschiffahrts-Gesellschaft vereinigter Schiffer in Concours. In Bezug auf die Notiz in gestriger Morgennummer geht uns von beteiligter Seite folgendes Anschreiben zu: Zu der von Ihnen gebrachten Notiz, betreffend den Beschluss des Oberlandesgerichts in der Concoursache der Oderdampfschiffahrts-Gesellschaft vereinigter Schiffer ist zu bemerken: 1) das Oberlandesgericht hat festgestellt, dass der vorliegende Vertrag kein Kaufvertrag, sondern nur ein Benutzungs- (Pacht-) Vertrag sei, dass danach eine Kaufsumme nicht existiere und daher auch nicht sichergestellt zu werden brauche; 2) dass danach alle Betriebsmittel nach wie vor im unbeschränkten Eigentum der Concoursverwaltung bleiben und 3) mit Rücksicht hierauf auch die Frage über die Rechtsbeständigkeit der eingetragenen Hypotheken, bezüglich deren die ausgesprochenen Bedenken geprüft und keineswegs unterschätzt seien, auf die Entscheidung der Zulässigkeit des vorliegenden Benutzungs- (Pacht-) Vertrages ohne Einfluss sei.

* Gänsemast en gros. Ein bisher in Berlin ganz unbekannter Industriezweig, die Mastung der Gänse im Grossen, wird demnächst aus Russland dort eingeführt werden. Eine Gesellschaft von Russen, die bereits in ihrer Heimath seit Jahren grosse Gänsemästereien betreibt, hat in der Thier Schmidstrasse bei Rummelsburg von der Cement-Baugesellschaft „Victoria“ ein mehrere Morgen grosses Grundstück auf eine Reihe von Jahren gepachtet und auf demselben Koben, Buchten und Stallungen für etwa 5000 Gänse errichtet, in welche fortwährend mindestens 400 Gänse auf Mast gestellt werden sollen. (Pos. Tgbl.)

* Spanisches Tabaksmopol. Aus Madrid, 4. d., wird der „Erkfl. Ztg.“ geschrieben: „Die Bank von Spanien ist wirklich als alleiniger Bewerber für die auf heute festgesetzte Preisanschreibung für die Tabakregie erschienen und erhält somit den Zuschlag. Allerdings hatte bereits der Marquis de Campo dem Staat das bedungene Garantie-depot von fünf Millionen Pesetas gestellt und war bereit, trotz der geringen Chancen in die Mitbewerbung einzutreten, was den Finanzminister, der bereits mit der Bank von Spanien einig war, bezw. die letztere zweifelsohne in Verlegenheit gebracht haben würde. Die Verständigung zwischen der Bank von Spanien und Campos erfolgte indessen noch gestern Nachts, worauf letzterer seine Propositionen zu machen unterliess. An der Börse ging das Gerücht um, dass Campos dafür eine Abfindungssumme von 150000 P. erhielt. Doch scheint dies unwahrscheinlich und dürfte die Verständigung mit Campos durch eine ihm zugesagte nennenswerthe Beteiligungs an der neuen Tabak-Gesellschaft zustande gekommen sein.“

* Tara für Spirituosen in Ueberfässern. Eine erhebliche Abweichung von der zolltarifmässigen Tara von 11 pCt. für Spirituosen in Ueberfässern ist, wie der „H. B. H.“ geschrieben wird, kürzlich in Bremen bei einer dortigen Zellabfertigungsstelle vorgekommen, weshalb eine Nettoverwiegung der Waare durch Entfernung der Ueberfässer vorgenommen wurde. Diese Verwiegungen haben bei einer ziemlichen Anzahl von Fässern ausgeführt werden können. So hat ein Fass Rum von 550,50 Kg. nach Abnahme des Ueberfässers noch 530 Kg., ein Fass Arrac von brutto 380 Kg. ohne Ueberfass noch 354,50 Kg., zwei andere Fässer Rum von brutto 557,50 und 576,50 Kg. haben nach Beseitigung der Ueberfässer noch 532 bezw. 549,50 Kg. gewogen. Die wirkliche Tara berechnet sich hiernach auf 3,72 bezw. 6,71, 4,57 und 4,68 pCt., während 11 pCt. tarifmässig gewährt werden. Da in den meisten Fällen Spirituosen aller Art von Bremen aus auf Begleitschein I weiter versandt werden, so dass die Feststellung des Nettogewichts dem betreffenden Zoll- oder Steueramte im Orte des Empfängers obliegt, so ist diese in Bremen festgestellte, die Zollkasse gefährdende wesentliche Abweichung von der tarifmässigen Tara den beteiligten Zoll- und Steuerbehörden mitgetheilt worden. (B. T.)

Ausweise.

Table with columns for location (Wien), date (10. Juni), and financial figures (Notenumlauf, Metallschatz, etc.)

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung. Berlin, 10. Juni. Neueste Handels-Nachrichten. Die mit Westindien arbeitende, seit 1872 etablierte Londoner Firma Showe u. Company stellt ihre Zahlungen in Folge des Fallissements ihrer Correspondenten in Trinidad ein. Die gestrige Generalversammlung der Pyritzer Bank genehmigte die Vorschläge des Aufsichtsrathes, betreffs der Vertheilung von 4 pCt. Dividende. Das russische Minister-Comité beschloss die Steuer für exportirten Zucker vom 2ten (13.) August ab mit 85 Kopeken pro Pud zurückzuzahlen. Wie die „Köln. Volksztg.“ erfährt, soll nicht eine Actiengesellschaft, sondern ein Syndicat mit 25 Millionen Mark Capital zur Uebernahme aller rheinisch-westfälischen Kohlen gebildet werden. Das Consortium erhält die Verzinsung seines Capitals und 10 Procent des Reinertrages; das übrige Ertragniss fällt an die Zechen. Das Börsencommissariat genehmigte den Handel und die Notirung der 4procent. Gold-Obligtionen der Allgemeinen Italienischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft unter dem üblichen Vorbehalt. Heute ist auf Antrag der Berliner Handelsgesellschaft der Handel und die Coursnotiz der 5procent. Pfandbriefe der Serbischen Staats-Boden-Credit-Anstalt genehmigt worden. Die Emission derselben wird dem Vernehmen nach Ende nächster Woche stattfinden. Es handelt sich um 9 600 000 Mark = 12 Millionen Francs in 240.000 Stück Pfandbriefen zu 400 Mark = 500 Francs. Zur Sicherheit dieser Pfandbriefe hat die im Jahre 1862 begründete Uprava Fondava aus ihrem Bestande 12 Millionen Francs Hypotheken hinterlegt und sich verbindlich gemacht, die Zahlungen für Zins und Amortisation mit 576 000 Mark = 720 000 Francs jährlich an die Kasse der 5procent. Gold-Pfandbriefe abzuführen. Die Amortisation der letzteren geschieht in 37 Jahren in Gold zum Paricourse, Coupons und ausgeloste Pfandbriefe werden frei von Abgaben oder Abzügen in Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg etc. eingelöst. Die italienische Regierung hat den Handelsvertrag mit der Schweiz vom 1. Januar 1888 gekündigt. Wie die „Börs.-Ztg.“ hört, wird der grossen und umfassenden Pfandbrief-Conversion, welche im vorigen Jahre begonnen und in diesem vollendet worden ist, noch eine weitere ähnliche Operation folgen, bei der es sich indessen um wesentlich geringere Beträge handeln dürfte.

Berlin, 10. Juni. Fondsbörse. Schwache Meldungen aus Wien und andern Plätzen führten heute, nachdem zu Anfang eine festere Tendenz geherrscht hatte, im Verlaufe der Börsen-Geschäfts-Unlust herbei. Die Stimmung war schwach. Disconto-Commandit-Antheile stellten sich 1/2 pCt. höher. Credit-Actien bei schwachem Geschäft 1 1/2 M. niedriger. Eisenbahnactien rego. Inländische, österreichische, schweizerische etc. Eisenbahnactien lagen nahezu geschäftlos bei kaum veränderten Notirungen. Eine Ausnahme machten Warschan-Wiener und Gotthard, die zu besserer, Elbethal und Franzosen, die zu niedriger Notiz lebhafter umgingen. Fremde Fonds überwiegend fest und in russischen Anleihen und Egyptern etwas belebter. Preussische und deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe etc. fest und in normalem Verkehr. Am Montanmarkt war die Tendenz still und nicht einheitlich, während Dortmund zu 52 1/4-51 1/8 (w. 1/4 Proc.) und Lauraaactien zu 70 1/4-69 1/8 (w. 3/8 Proc.) schwach lagen, vermochten Bochumer auf die in Aussicht genommenen italienischen, spanischen Geschäfte zu 120 1/4 circa 1/2 Procent Avance zu erzielen. Am Cassamarit war ruhiger Verkehr. Besser waren König Wilhelm 1,10, Phönix 0,50, dagegen büsst ein Braunschweiger Kohlen 0,90, Hagener Guss 3. Das Geschäft in Industriepapieren war ziemlich lebhaft bei fester Tendenz. Es gewannen Berl. Neustadt 1,25, Löwe 1,25, Frister und Rossmann 0,50, Keyling und Thomas 0,50, Charlottenburger Bau 1,75, Birkenwerder 1, Hemmoor 1,40, Kohlmann 3,75, Möbel-Transport 1, Posener Sprit 1,55, Rathenower Optische 2,50, Solbrig 1,75, Spinn 1,75. Da-

gegen verloren Freund 2,25, Breslau Linke 1, Grunowwerk 1,75, Körbisdorf 1,25, Nobel Dynamit 2, Zeitz Masch. 3.

Berlin, 10. Juni. Productenbörse. In Folge der günstigen Saatenstandsberichte war auch die Stimmung im Getreidehandel ausgesprochen matt. Weizen loco anfangs fest, später abgeschwächt. Termine pro Juli-August 2 M., pro Herbst 1 1/4 M. niedriger. Roggen loco ruhig, Termine büsst in Preise 1/4 M. ein. Loco Hafer matt, Termine etwa 1/2 M. niedriger. Roggenmehl 20 Pf. billiger. Mais matt. Kartoffelfabrikate höher. In Rübböl scheint das Gros der Realisationen beendet zu sein. Der Artikel hatte heute bessere Beachtung und in Folge dessen schliesslich eine Besserung seiner Notirungen um ca. 60 Pf. aufzuweisen. Auf dem Spiritusmarkt hat sich die Aufregung der letzten Tage etwas gelegt. Spiritus hatte bedeutende Schwankungen durchzumachen, doch muss die Grundtendenz fest genannt werden. Angesichts der umfangreichen Realisationen, welche in dem Artikel vollzogen wurden, ist es charakteristisch, dass die Preise fast ganz wie gestern schlossen. Spätere Termine standen schliesslich sogar noch etwas höher als gestern.

Hamburg, 10. Juni, 4 Uhr 5 Min. Nachm. Kaffee-Terminbörse. (Telegraphischer Bericht von Lassaly & Sohn, vertreten durch Salo Redlich in Breslau.) Good average Santos per October 96 1/2 Pf., per December 97 Pf. bez. u. Br.

Havre, 10. Juni, Vorm. 10 Uhr 30 Min. Kaffee. Good average Santos Juni 117,50, Juli 119, September 121, 25.

Magdeburg, 10. Juni. Zuckerbörse. Termine per Juni 11,97 1/2 bis 12-12,05-12,10 M. bez., per Juli 12 M. bez., per Juli-August 11,07 1/2 bis 12-11,02 1/2-12 M. bez., per September 11,95 M. Br., per October-December 11,65 M. Br. Tendenz: Unentschieden, ruhig gefragt.

Paris, 10. Juni. Zuckerbörse. Rohzucker 88 pCt. ruhig, loco 23,50, weisser Zucker behauptet, Nr. 3 per Juni 32,50, per Juli 32,75, per Juli-August 32,80, per October-Januar 33,10.

London, 10. Juni. Zuckerbörse. 96proc. Javazucker 13 1/4, stetiger, Rübenroh Zucker 11 1/4, ruhig.

Glasgow, 10. Juni. Rohelsen. (Schlussbericht.) Mixed numbes warrants 41 Sh. 10 P. 9. 42 Sh. 1 P. 10.

Table with columns for location (Berlin), date (10. Juni), and various market data (Amtliche Schluss-Course, Eisenbahn-Stamm-Actien, Bank-Actien, etc.)

Table with columns for location (Berlin), date (10. Juni), and various market data (Industrie-Gesellschaften, Inländische Fonds, Ausländische Fonds, Banknoten, Wechsel, etc.)

Berlin, 10. Juni, 3 Uhr 15 Min. (Dringl. Original-Depesche der Breslauer Zeitung.) Matt. Oesterr. Credit ult. 460 - 459 - Mecklenburger ult. 137 75 - 137 75. Disc.-Command. ult. 202 - 201 87. Ungar. Goldrente ult. 81 62 - 81 62. Franzosen ult. 369 50 - 369 - Mainz-Ludwigshaf. ult. 97 25 - 97 - Lombarden ult. 143 50 - 143 - Russ. 1880er Anl. ult. 83 12 - 83 25. Conv. Türk. Anleihe 14 50 - 14 50. Italiener ult. 98 12 - 98 37. Lübeck-Büchen ult. 158 75 - 158 37. Russ. II. Orient.-A. ult. 56 37 - 56 25. Egypter ult. 75 50 - 76 - Laurahütte ult. 70 25 - 69 62. Marienb.-Mlawka ult. 46 87 - 47 25. Galizier ult. 83 - 83 25. Oestr. Südb.-St.-Act. 61 75 - 61 50. Russ. Banknoten ult. 184 50 - 183 75. Dortmund. Union St.-Pr. 52 - 51 62. Neueste Russ. Anl. 96 87 - 97 12.

Table with columns for location (Berlin), date (10. Juni), and various market data (Weizen, Roggen, Hafer, Stettin, etc.)

Table with columns for location (Berlin), date (10. Juni), and various market data (Weizen, Roggen, Petroleum, etc.)

Wien, 10. Juni. [Schluss-Course.] Still. Cours vom 8. 10. Marknoten 62 35 - 62 35. St.-Eis.-A.-Cert. 228 80 - 230 50. 4 1/2 Ungar. Goldrente 102 75 - 102 45. Lomb. Eisenb. 87 50 - 88 25. Silberrente 83 10 - 83 10. Galizier 208 - 207 50. London 127 05 - 127 05. Napoleons'dor. 10 08 - 10 08 1/2. Ungar. Papierrente. 88 30 - 88 20. Paris, 10. Juni. 3 1/2 Rente 82. - Neueste Anleihe 1872 108, 92. Italiener 99, 80. Staatsbahn 465, 25. Lombarden -, - Neue Anleihe von 1886 -, - Egypter 378. Fest.

Paris, 10. Juni, Nachm. 3 Uhr. [Schluss-Course.] Fest. Cours vom 9. 10. 3proc. Rente 81 92 - 82 02. Türk. neue cons. 14 75 - 14 72. Neue Anl. v. 1886. - - Türkische Loose. - - Goldrente, österr. 90 3/8 - 90 1/4. Ital. 5proc. Rente. 99 65 - 99 75. do. ungar. 4pCt. 82 93 - 82 93. Oesterr. St.-E.-A. 467 50 - 466 25. 1877er Russen - - - - - Oesterr. St.-E.-A. 177 50 - 177 50. Egypter 379 - 379 - Köln, 10. Juni. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco -, per Juli 19, 40. per Nov. 13, 15. Roggen loco -, per Juli 13, 05, per Nov. 13, 60. Rübböl loco 27, -, per October 26, 10. Hafer loco 11, 75.

London, 10. Juni. Consols 101, 62. 1873er Russen 96, 25. Egypter 75, 12. Schön.

Table with columns for location (London), date (10. Juni), and various market data (Cours vom 9. 10., Consols, etc.)

Frankfurt a. M., 10. Juni. Mittags. Credit-Actien 229, 37. Staatsbahn 183, 37. Lombarden -, Galizier -, Ungarn 81, 70. Egypter 76, - Laura -, Credit -, Still.

Hamburg, 10. Juni. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco ruhig, holsteinischer loco 182-186. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco 130-136, russischer loco ruhig, 96-100. Rübböl still, loco 47. Spiritus matter, per Juni 27 -, per Juli-August 27 1/4, per September-October 27 1/2, per November-December 27 -. Wetter: Bedeckt.

Amsterdam, 10. Juni. [Schlussbericht.] Weizen loco niedriger, per November 226. Roggen loco unverändert, per October 123. Rübböl loco 27, per Herbst 26 1/2. Raps per Herbst 277.

Paris, 10. Juni. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen ruhig, per Juni 27, 10. per Juli 26, 90. per Juli-August 26, 50, per September-December 24, 80. Mehl matt, per Juni 58, 25, per Juli 58, 25, per Juli-August 57, 80, per Septbr.-December 54, 80. Rübböl behauptet, per Juni 55, -, per Juli 55, 25, per Juli-August 55, 75, per September-December 57, 25. Spiritus ruhig, per Juni 42, 75, per Juli 42, 75, per Juli-August 42, 75, per September-December 41, -. Wetter: Schön.

London, 10. Juni. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen Sämmtliche Getreidearten sehr träge zu Gunsten der Käufer, angekommene Weizen-Ladungen fest, ruhig. Fremde Zufuhren: Weizen 40 780, Gerste 1140, Hafer 38 320. - Weiter: Schön.

Liverpool, 10. Juni. [Baumwolle.] (Schluss.) Umsatz 12000 Ballen, davon für Speculation und Export 3000 Ballen. Stetig.

Abendbörsen. Wien, 10. Juni, 5 Uhr 15 Min. Oesterr. Credit-Actien 285, 40. Ungarische Credit -, Staatsbahn -, Lombarden -, Galizier -, Oesterr. Papierrente -, Marknoten -, 4procent. Ungarische Goldrente 102, 27. Still. Frankfurt a. M., 10. Juni, 6 Uhr 56 Min. Creditactien 227, 50. Staatsbahn 183, - Lombarden -, Galizier 165 25, schl. -, Ungar. Goldrente -, Egypter 75, 65. Mainzer -, Portugiesen -, 4proc. russ. innere Anleihe -, Tendenz: Matt auf Reichsanzeiger.

Marktberichte.

* Vom Breslauer Wollmarkt. Breslau, 10. Juni. (Schlussbericht.) Auch im Laufe des heutigen Tages fanden noch mehrfache Umsätze auf den Lägern statt, wüober etwas Specielles aber nicht bekannt geworden ist. Der Verlauf des Marktes hat den Erwartungen, welche man nach der allgemeinen geschäftlichen Lage an denselben stellen konnte, vollständig entsprochen. Es kamen demselben in diesen Tagen eingetroffenen festen Londoner Auctions-Berichte sehr zu statten. Der Preisanschlag von 10-15 Mark, welcher in den gestrigen Vormittagsstunden zwischen 9-11 am offenen Markte noch etwas überschritten wurde, hat sich vollständig behauptet, und ist allerdings zu berücksichtigen, dass Breslau im vorjährigen Wollmarkte die billigsten Preise hatte. Das an hiesigem Platze verbleibende unverkaufte Quantum lässt sich noch nicht genau übersehen, wird aber dasjenige des Vorjahres nicht erreichen. Die Wäsenchen waren in Anbe tracht der langen Regenzeit befriedigend. Käufer waren aus Frankreich, Schweden, Russland, aus Berlin, vom Rhein, aus Sachsen, namentlich aus den Lausitzer Fabrikstädten, am Platze und ersetzten letztere die Zahl der sonst anwesenden rheinischen Fabrikanten. Als grösserer Einkäufer trat dieses Jahr Niemand hervor, beliebt waren mittel-feine Wollen in der Preistaxe von 165 bis 200 Mark, sowigute Kreuzungswollen. Feine Qualitäten weniger beachtet. Das sich aus den statistischen Berichten ergebende geringere Quantum der Zufuhr ist nicht auf Abnahme der Schafzucht zurückzuführen, sondern auf die vorangegangene schlechte Witterung. Ein Theil hiervon wird hier eingelagert, ein anderer Theil nach Posen zum Markt geführt werden. Polnische Wollen, von denen im Vorjahre 3000 Ctr. am Platze waren, fehlten dieses Jahr gänzlich. So weit im Allgemeinen festgestellt ist, wurden bezahlt für schlesische feine, hochfeine und Electoral-Wollen 210-270 M., einzelne Stämme darüber; für mittel-feine 165-200 M., mittel 135-150 M., gute Kreuzungen 120-135 M. Für Posener feine 165-190 M., feinste darüber; mittelfeine und mittel 135-160 M.

W. T. B. Bradford, 9. Juni Nachmittags. Wolle in Folge Londoner Wollaction fester, Garne ebenfalls fester.

F. E. Breslau, 10. Juni. [Colonialwaaren-Wochenbericht.] Der Geschäftsgang war in allen zur Waarenbranche gehörenden Artikeln am Platze sehr ruhig und vermochte demzufolge die an den Markt gekommene Frage auch nur unbedeutenden Umsatz zu bewirken. Was den Kaffeehandel betraf, so sind die Preise an sämmtlichen Bezugsplätzen derart hochgehalten gewesen, dass unsere momentanen Platzbestände sich nach jenen mit wesentlichem Nutzen verwerthen konnten und auch die Provinzialen haben bei dem gegenwärtig überladenen Vorrath ihre Bestände durch Verkauf nach hier zu lichten gesucht. Der Zuckermarkt hat der Vorwoche gegenüber keine nennenswerthe Veränderung erfahren. Erste Marken gemahlener Zucker sind sehr wenig angeboten worden und die minder qualitätsreichen, sowie die an Farbe abweichenden Mahlungen konnten sich bei der im Ganzen schwachen Frage auf vorwöchentlichem Preisstande behaupten. Brod- und Bruchzucker sind ebenfalls loco nur für kurzzeitigen Bedarf beachtet worden und erzielten annähernd vorwöchentliche Notiz. Gewürze und Südf Früchte blieben in der Notiz ziemlich unverändert und begegneten lediglicher Bedarfsfrage. Reis wurde zu sehr befestigter Notiz mehr als in der Vorwoche gehandelt. Für Fett war wenig Kauflust hervorgetreten und Centnergebände stärker als in der Vorwoche angeboten worden. Petroleum war auf Herbst und Winterlieferung gut begehrt und von Abgebern sehr preisfest gehalten.

Schiffahrtsnachrichten.

* Oderschiffahrt. Rhederei Frankfurter Gütereisenbahngesellschaft. Eingetroffen Dampfer „Anna“, Capitän Knöpfle, am 9. Juni mit den Steuerleuten Trampke, R. Lange, Walter, Zantsch, Richter und Mösgen ab Stettin, Scholz von Hamburg, Vetter von Berlin, beladen mit Stückgütern, Reis, Kaffee, Mineralölen etc., Schwefelkies, Rohelsen, Thonsteinen, Schiffer Bräuer leer. - Dampfer „Loebel“, Capitän Bogenschneider, mit den Steuerleuten Richter, Simon I, Wolff, Hering, Bajan, Klose II und Höppler, beladen mit Schwefelkies, Rohelsen und div. Hamburger und Stettiner Stückgütern. Neue Oderdampfschiffahrts-Gesellschaft Leichtentritt und Hoffmann. Angekommen: Am 8. cr. Dampfer I von Stettin mit 5 beladenen und 4 leeren Fahrzeugen, Strm. H. Schöpke, C. Hagen, A. Hagen (Petroleum), Ferd. Dietrich ab Hamburg (Kaffee, Reis, Mais, Häute und div. Colonialwaaren), P. Siebert (Schwefelkies). Ferner Dampfer „Max“ ab Stettin mit 5 beladenen und 5 leeren Fahrzeugen, Strm. Kusche, Stein, Altmann, Schwabe (Wein, Reis, Mais und Stückgüter), W. Koy ab Berlin (Lichte, Palmkernöl, ges. Häute und Stückgüter). - Abgeschwommen: Am 9. cr. Dampfer I und „Max“ nach Stettin mit je zwei mit Mehl, Zink, Wolle und Eilgütern beladenen Kähnen. - Erwartet wird pr. 12. cr. Dampfer III mit vollem Zuge ab Stettin. Rhederei Chr. Priefert. Angekommen sind die Dampfer „Martha“ und „Elisabeth“, - Erwartet wird Dampfer „Wilhelm“, Capt. Sohr, ab Stettin mit div. Gütern, Strm. G. Noske mit Harz, Chr. Neumann

mit Schmalz, Heh. Witzlack mit div. Gütern, sämtlich ab Stettin, und Strm. E. Gregor ab Hamburg mit Kaffee, Holz etc., und mit drei leeren Kähen.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Gesetz, betreffend die Feststellung von Anforderungen für Volksschulen.

Vom 26. Mai 1887.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc., verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, über die Feststellung von Anforderungen für Volksschulen, was folgt:

§ 1. Unter Volksschulen im Sinne dieses Gesetzes sind diejenigen öffentlichen Schulanstalten zu verstehen, welche zur Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht dienen.

§ 2. Werden von den Schulaufsichtsbehörden für eine Volksschule Anforderungen gestellt, welche durch neue oder erhöhte Leistungen der zur Unterhaltung der Schule Verpflichteten (Gemeinden, Gutsbesitzer, Schulgemeinden, Schulfacultäten, Schulcommunen u. s. w. und dritte, statt derselben oder neben denselben Verpflichtete) zu gewähren sind, so wird in Ermangelung des Einverständnisses der Verpflichteten die zu gewährende Anforderung, soweit solche innerhalb der gesetzlichen Zuständigkeit nach dem Ermessen der Verwaltungsbehörden zu bestimmen ist, bei Landsschulen durch Beschluß des Kreisauausschusses, bei Stadtschulen durch Beschluß des Bezirksausausschusses, insbesondere mit Rücksicht auf das Bedürfnis der Schule und auf die Leistungsfähigkeit der Verpflichteten festgestellt.

§ 3. Die Einleitung des Beschlußverfahrens erfolgt auf Antrag der Schulaufsichtsbehörde. Gegen die Beschlüsse des Kreisauausschusses bzw. Bezirksausausschusses ist binnen einer Frist von zwei Wochen nur die Beschwerde an den Provinzialrat zulässig. — Die zuständige Behörde kann zur Vervollständigung der Beschwerde eine angemessene Nachfrist gewähren. Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung. — Die Vorschriften des zweiten Absatzes finden auf die hohenzollernschen Lande keine Anwendung. Die Beschlußfassung des Bezirksausausschusses in den hohenzollernschen Landen bezüglich der Stadtschulen ist endgültig.

§ 4. In den Provinzen Schlesien-Holstein, Westfalen und in der Rheinprovinz tritt bis zu dem in dem § 155 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Samm. S. 195) bezeichneten Zeitpunkt an die Stelle des im § 2 erwähnten Kreisauausschusses und Bezirksausausschusses in Stadtkreisen die Gemeindevertretung, im Uebrigen die Kreis-Schulcommission. — Letztere besteht aus dem Landrat als Vorsitzendem und sechs von der Kreisvertretung aus der Zahl der Kreisangehörigen nach absoluter Stimmenmehrheit auf die Dauer von sechs Jahren zu erwählenden Mitgliedern. — In der Beschwerdeinstanz beschließt an Stelle des Provinzialrats der § 2 — die Provinzial-Schulcommission. — Diefelbe besteht aus dem Ober-Präsidenten als Vorsitzendem und sechs von dem Provinzial-Landtag aus den Angehörigen der Provinz nach absoluter Stimmenmehrheit auf die Dauer von sechs Jahren zu erwählenden Mitgliedern. — Von der Mitgliedschaft in der Kreis- und Provinzial-Schulcommission ausgeschlossen sind Geistliche, Kirchendiener und Elementarlehrer. — Für die Wählbarkeit zum Mitgliede der Kreis-Schulcommission und der Provinzial-Schulcommission gelten im Uebrigen die Vorschriften der §§ 17 und 18 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 (Gesetz-Samm. S. 335). — Für das Verfahren finden die Bestimmungen des III. Titels 1. und 3. Abschnitt des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Samm. S. 195) entsprechende Anwendung.

§ 5. Auf Schulbauangelegenheiten im Sinne des § 47 Absatz 1 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichts-Verfahren vom 1. August 1883 (Gesetz-Samm. S. 237) findet dies Gesetz keine Anwendung. Auch bleiben die Vorschriften des Gesetzes vom 6ten Juli 1885, betreffend die Pensionierung der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen (Gesetz-Samm. S. 298) unberührt.

§ 6. Für die Provinz Posen benndet es bei den bestehenden Bestimmungen.

§ 7. Der Minister des Innern und der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten sind mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchstehändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insignel.
Gegeben Berlin, 28. Mai 1887.

(L. S.) **Wilhelm.**
von Bismarck, von Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, von Bötticher, von Gohler, von Scholz, Bronsart von Schellendorff.

Litterarisches.

W. „Ruberheim.“ Häusliche Erlebnisse eines jungen Ehepaares von Frank R. Stockton. Autorisirte Ausgabe. Deutsch von W. Jacobi. Stuttgart. Robert Luz. — Die Verlagshandlung Robert Luz kündigt bisher noch nicht im deutschen Buchhandel erschienene „Meisterwerke des amerikanischen Humors und der Novellistik“ in einzelnen Bänden zu sehr wohlfeilen Preisen, in guten Uebersetzungen, an. „Sternbanner-Serie“ ist der Titel des beabsichtigten Unternehmens, dessen erster Band „Ruberheim“ uns vorliegt. Das ist ein allerliebster Plauder in dem Bäcklein, und Freunde originellen Humors werden, gleich uns, lebhaftes Wohlgefallen finden an diesen einfachen und doch von Anfang bis zu Ende festenden Schilderungen und Erlebnissen, die uns gänzlich anspruchslos geboten werden und uns nebenbei über amerikanische Sitten und Anschauungen Aufschlüsse geben. Gern constatiren wir auch die vorztreffliche Uebersetzung ins Deutsche, die wir gerade hier, wo es besonders darauf ankommt, den charakteristischen Ton des Ganzen wiederzugeben, als recht schwierig erachten.

W. „Zanfmar.“ Von Margarete v. Dieckau (Gotha, Friedr. Andreas Perthes). Die Erzählung beginnt einen Tag nach der Beisehung des frommen Königs Heinrich I. von Deutschland, im Jahre 936. Die Ereignisse um seine Krone, welche grimmige Fehde und hitziges Intriguen-spiel entfesselte, gewähren der Handlung die Angelpunkte. Zanfmar, der älteste Sohn des Verstorbenen, ist eigentlich dessen rechtmäßiger Nachfolger, und da er gleichzeitig der Held der Handlung ist, so könnte man meinen, einen historischen Roman vor sich zu haben. Margarete v. Dieckau aber verleugnet ihr Geschlecht nicht; sie behandelt das historische Element mit großem Geschick als nebenächlich, und als Hauptfache die mannigfaltigen Herzensgeschichten, die sie lebendig und spannend zu erzählen weiß. Wir stehen keineswegs an, der Verfasserin recht gründliche Detailkenntnisse der einschlägigen Zeitgeschichte nachzurühmen, noch mehr aber findet ihre Kunst, zu fabuliren, unseren Beifall.

Dernburg: Bandelken. Verlag von H. R. Müller. Berlin. Die Dernburg'schen Bandelken schreiten rüstig vorwärts; bereits ist die erste Lieferung des dritten Bandes, die das Familien- und Erbrecht darstellt und das ganze Werk zum Abschluß bringen soll, erschienen. Bei der ungetheilten günstigen Aufnahme, welche die Dernburg'schen Bandelken in den Fachkreisen gefunden haben, erachten wir ihre besondere Empfehlung von unserer Seite für überflüssig.

Doppelte deutsch-italienische Normal-Buchführung. (Verlag der Wolff'schen Buchhandlung, Weidner D./Schl.) Unter diesem Titel hat der prakt. Buchhalter J. J. Sander in Kattowitz ein kurzes Lehrbuch zum Selbstunterricht zur Einrichtung und Führung der Geschäftsbücher für Kaufleute, Handeltreibende und Comptoiristen nach einem neuen System herausgegeben. Das neue System gewährt nach dem Urtheil Sachverständiger dem Buchführenden vielfache Erleichterungen und verleiht ihm vornehmlich nicht unbedeutende Reiterparnisse.

Langes Haar, krauser Sinn von G. von Beaulieu. Breslau S. Schöllaender. Unter dem etwas holperigen Motto: „Krauser Sinn wohnt unter langem Schoppe“ In manch' blondem, braunem Mädchenkopfe“ spendet der Autor drei anspruchslose Novellen, die nicht besser und nicht schlechter sind, als viele andere. Am besten gefallen hat uns die zweite, „Die kluge Else“, die recht frisch und munter geschrieben ist; am

wenigsten die letzte: „La Berlinese“, die die Liebe eines verheiratheten, aber von seiner Frau getrennt lebenden Italieners zu einer jungen Deutschen und deren tragischen Ausgang schildert.

Vom Standesamte. 10. Juni.

Aufgebote.
Standesamt I. Schmidt, Josef, Brenner, L., Neue Weltg. 4, Wippert, Theresia, geb. Schneider, L. ebenda. — Köbrens, Georg, Kaufm., ev., Mathiasstr. 17, Berger, Anna, ev., Bierst in Aufj. Polen. — Reugebauer, Carl, Bäcker, ev., Hinterhäuser 7, Wolf, Anna, geb. Kaiser, ref., ebenda. — Großer, Alwin, Maler, ev., Kirchstraße 12a, Bizorek, Pauline, ev., Graupenstr. 16. — Lauffer, Moriz, Kaufmann, i., Bahnhofstraße 17, Cohn, Emma, i., Neuschestrasse 56/57.

Standesamt II. Bayer, Wilhelm, Sattlermeister, ev., Schlegel, Karfunkle, Ottilie, ev., Gartenstr. 21c. — Kolbe, Hermann, Sattlermeister, ev., Nachodstraße 23, Zug, Aug., ev., Kaiser Wilhelmstraße 81.

Sterbefälle.
Standesamt II. Kubiga, Marie, Schneiderin, 27 J. — Grifsch, Gottfried, Schuhmacher, 54 J. — Schmidt, Elise, L. d. Malers Carl, 30 Min. — Klant, Arthur, S. d. Kesselfebers Paul, 6 M. — Lanquer, Gustav, Gutsbesitzer, 35 J. — Müller, Martha, L. d. Arbeiters Ernst, 2 M. — Süßner, Rosina, geb. Metz, Spinnmstrasse, 83 J. — Wahler, Selma, Weizsäckerin, 31 J. — Kinner, Richard, S. d. Ladners Friedrich, 3 M. — Häußer, Carl, Fabrikarbeiter, 29 J. — Larisch, Franz, S. d. Haushälters Franz, 15 Minuten.

Aus Bädern und Sommerfrischen.

Soden, im Juni. Unsere freundliche Quellenstadt war am letzten Mai festlich bewimpelt zu Ehren des mitteldeutschen Nerztages, der im Kur-saal seine Jahresversammlung abhielt. Das Präsidium führte Dr. Haupt, welcher es vorübergehend abgab, um auch als Vortragender über die Kurmittel Sodens aufzutreten. Das Thema ist in Betracht der großen Nachfrage, die sich in letzter Zeit nach Sodener Mineralwässern und Mineral-pastillen kundgegeben hat, ein für die weitesten Kreise interessantes. Den Bemühungen der Herren Fay und Morgenstern in Frankfurt a. M. ist es gelungen, den Sodener Brunnenproducten weiteste Verbreitung zu schaffen und Nerzte und Heilanstalten nach und fern zu bewegen, denselben ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Hierdurch ist eine erfreuliche Erhöhung der Frequenz des Bades hervorgerufen worden und auch in diesem Jahre ist bereits eine recht namhafte Zahl von Kurgästen seit Eröffnung der Saison in dem gemüthlich-idyllischen Soden eingetroffen. — Unter den wissenschaftlichen Vorträgen des Nerztages erregte besonders derjenige Aufsehen, durch welchen die Hirbelbrühe als ein rudimentäres, in der Urzeit vielleicht in Function gemelenes Auge definiert wurde, das im Darwin'schen Entwicklungs-gang sich umgebildet hat. — Zum Zusammenkunftsort im nächsten Jahre wurde Frankfurt a. M. gewählt.

Von der Broschüre „Die Nordseebäder auf Sylt“ ist soeben eine 4. Auflage erschienen. Das illustrierte, mit Karten und Fahrplänen versehene Werkchen ist gegen die früheren Auflagen wesentlich erweitert und vervollständigt, so daß dasselbe als zuverlässiger Wegweiser in allen die Reise und den Aufenthalt auf Sylt betreffenden Angelegenheiten gelten darf.

Farbige Seidenstoffe von Mk. 1.55 bis 12.55

per Meter (ca. 2000 versch. Farb. u. Dess.) Atlasse, Faille Française, „Monopol“, Foulards, Grenadines, Surah, Sat. merv., Damaste, Brocatelle, Steppdecken- u. Aahnestoffe, Ripse, Taffete etc. — verl. roben- und stückweise sollfrei in's Haus das Seidenfabrik-Depôt G. Henneberg (R. u. R. Hofstet.), Zürich. Muster umgehend. Briefe kosten 20 Pf. Porto. [4205]

Mineralbrunnen diesjähr. Füllung. Umbach & Kahl, Taschenstr. 21.

Ihre eheliche Verbindung beehren sich ergebenst anzuzeigen
Dr. Rosenfeld,
Ellen Rosenfeld,
geb. Ebslein.
Breslau, im Juni 1887. [3392]

(Verspätet.)
Am 5. d. Mts. wurden durch die Geburt eines frammen Jungen hoch erfreut [6985]
Salo Schwerin und Frau
Charlotte, gebor. **Verliner**.
Kreuzburg O.S.

(Verspätet.)
Die am 1. Juni erfolgte Geburt eines Kraben beehren sich ergebenst anzuzeigen [6977]
Adolph Kosterlitz und Frau,
Dorothea geb. **Liebes**.
Pless OS., 10. Juni 1887.

Statt besonderer Meldung.
Gestern, am 8. d. Mts., Abends gegen 10 Uhr, verchied im Alter von 74 Jahren sanft nach längerem Leiden unser innig geliebter Gatte, Vater, Großvater und Schwager,
der Hospitalkassenrendant
Carl Grünner
in Namslau. [6972]
Namslau, Brieg, Breslau.
Die
trauernden Hinterbliebenen.

Schmerz erfüllt zeigen wir an, daß gestern Nachmittag 3 Uhr nach kurzer Krankheit unser Gatte und Vater,
der Uhrmacher
Simon Phiebig
im Alter von 50 Jahren verstorben ist. [8463]
Breslau, den 10. Juni 1887.

Die
trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung Sonntag, Nachmittag 3 Uhr, Schußbrücke 71.
Am 9. Juni entriß uns ein plötzlicher Tod den Vorsitzenden unseres Vereins, Herrn [8475]
Uhrmacher S. Phiebig.

In dem Hingeschiedenen verlieren wir ein Mitglied voll treuer Liebe zum Verein, einen Freund voll treuer Hingebung. Beides sichert ihm bei uns ein bleibendes Andenken.
Verein
israelitischer Handwerksmeister.
Beerdigung: Sonntag, Nachmittag 3 Uhr.
Trauerhaus: Schußbrücke 71.

Am 8. d. Mts. entschlief nach langen, schweren Leiden unsere innig geliebte Schwester [3404]
Bertha Gravenhorst.
Berlin, den 9. Juni 1887.
Die trauernden Geschwister.

Heute Nachts 1 Uhr entschlief sanft unsere innig geliebte Mutter, Schwester, Grossmutter und Urgrossmutter,
Frau Amalie Cohn, geb. Sachs,
im Alter von 85 Jahren, tiefbetrauert von
den Hinterbliebenen.
Guttentag, Luckenwalde, Ratibor, New-York, Brieg, Siemanowitz.
Guttentag, den 8. Juni 1887. [6986]

Statt jeder besonderen Anzeige.
Heute früh 4 Uhr entschlief sanft nach schwerem Leiden im 65. Lebensjahre mein lieber Mann, unser geliebter Vater und Grossvater, Bruder, Schwiegervater, Schwager und Onkel,
der königliche Eisenbahn-Verkehrs-Inspector a. D., Ritter p. p.
Carl Schubert.
Die Beerdigung findet Sonntag, Vormittag 11 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus, Fürstenwalde a. Spr., Eisenbahnstrasse 16, statt.
Fürstenwalde, Berlin, den 9. Juni 1887. [8461]

Im Namen der Hinterbliebenen:
Dorothea Schubert,
Dr. Martin Schubert, **Adolf Schubert.**
Gerichts-Assessor.

Statt besonderer Meldung.
Heute Nachmittag 3 1/2 Uhr entschlief sanft nach langen schweren Leiden unsere heissgeliebte gute Mutter, Schwieger-, Gross- und Urgrossmutter,
Frau Fabrikbesitzer
Caroline Zwanziger, geb. Hielscher,
in einem Alter von fast 74 Jahren.
Um stille Theilnahme bittend, widmen diese Trauerkunde allen Freunden und Bekannten [6960]

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.
Peterswaldau i. Schl., Rathenow, Wien, Scharfenort,
Gardelegen, den 9. Juni 1887.
Beerdigung: Montag, 13. Juni, Nachm. 4 Uhr.

Nach kurzem Krankenlager, aber vorherigem langem Leiden, entschlief heut Abend 9 Uhr unsere innig geliebte gute Gattin, Mutter und Grossmutter, [6984]
Frau Auguste Graefe geb. Rebs.
In tiefstem Schmerz diese Anzeige Freunden und Bekannten.
Beuthen OS, Rosdzin, Striegau, Wurzen und Posen,
am 9. Juni 1887.

E. Graefe und die Angehörigen.
Beerdigung am 13. cr., Nachmittag 4 Uhr.
Trauerhaus: Beuthen OS., Tarnowitzerstrasse 3.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher und inniger Theilnahme, welche mir bei dem Tode und der Beerdigung meines lieben Gatten, des Kaufmanns [6958]
B. Pinschower
entgegengebracht wurden, spreche ich hiermit meinen herzlichsten Dank aus.
Liegnitz, den 7. Juni 1887.
Hulda Pinschower, geb. Mugdan.

Für die überaus zahlreichen Beweise innigster Theilnahme an dem Hingeschiedenen unseres geliebten Schwiegervaters, Amtsrichter [8477]
Julius Friedländer
statten wir hiermit unsern aufrichtigsten Dank ab.
Breslau, den 10. Juni 1887.
Bertrand Zadig und Frau.

Der Ausverkauf der Colonialwaaren en gros & en detail befindet sich im Parterrelocal im Hofe
Rabe, Carlstraße 13.
Livreen
in jeder Ausstattung empfiehlt zu sehr billigen Preisen **B. Pfeiffer's** Livreen-Holz-Kupferstr. 32.

Die apartesten Neuheiten in eleganten Hüten, letzte Pariser Moden zum grand prix, sind jetzt eingetroffen.

M. Gerstel, Hoflieferant,

12 Junkernstraße.
[6656]

Wie alljährlich beim Maschinenmarkt vertreten.

Eis-Schränke

eigener bester Construction für Privat-Haushalt u. Restaurateure vorrätig in 17 Nummern von 16 Mark an. Zeichnungen und Preise auf Wunsch.



Automatische Eis-Maschinen
(Garantie für gute Leistung)

6	9	12
8,00	9,00	10,00
		24 Port.
		13,50 M.

Eisbüchsen, Formen für Eis und kalten Speise in grosser Auswahl.
Herz & Ehrlich, Breslau.

Großer Möbel-Ausverkauf.

Wegen Aufgabe des Geschäfts verkaufe ich sämtliche Vorräthe meines großen Lagers, bestehend aus Möbeln in allen Holz- und Stylarten in nur guter Ausführung, zum und unter dem Kostenpreise.
Adolf Sturm, [8472]
Breslau, Schloßohle 10, vis-à-vis Niegner's Hotel.

Handschuhe

in unverändert prima Qualität, wesentl. besser als solche allgemein geführt werden.

[6970]	Knopflänge 4	6
	Seide Ia	0,70
	Seide mit Raupe Pa.	1,00
	Fil Perse	0,50
	Fil Perse à jour	0,60
	Zwirn	0,35
	Damen	0,35
	Herren	0,35
	Zwirn	1,25
	Flor	1,25
	Seide	1,25

J. Fuchs junior,
Ohlauerstraße 16.

Congress,

passend zu Haushaltunglichen Häfelgarnen, am Lager, per Mtr. 60, 70, 90 Pf., 1,00, 1,50, 2,00 Mk.
M. Charig, Ohlauerstraße 2.

Sommertheater im Concertsaal. Sonnabend, den 11. Juni. „Satan Gold.“ [8473] Schauspiel in 7 Bld. von Hugo Boffe.

TIVOLI Neudorf-Strasse 35 und [6968] Kaiser Wilhelmstrasse 20. Heute Sonnabend: Doppel-Concert. Entree à Person 50 Pf., Kinder 15 Pf., im Vorverkauf 30 Pf. Kaffeneröffnung 5 Uhr. Anfang 7 Uhr. Alles Andere befragen die Blacate. Sonntag, den 12.: Bei günstiger Witterung Monstreconcert.

Victoria-Theater. Simmenauer Garten. Nur noch 5 Tage: Auftreten von Fräulein Carina, Costüm - Soubrette, Walter-Krönig, Concertfänger, Geschw. Schlich, Gesangsduettist, Brogio, Lieberfängerin, Theodorus, Caricaturist, Jogg, musical. Imitator, Anolon, Luftkünstlerin, Fills, Akrobat und Clown. Anf. des Garten-Concerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr. Entree 60 Pf. [6975]

Zoologischer Garten. Sonntag, früh von 6 1/2 Uhr ab, bei gutem Wetter: Früh-Concert. Eintrittspreis 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren 10 Pf. Von 6 Uhr ab fahren Doppelwagen der Pferdebahn vom Dominikanerplatz und halbstündlich die Dampfer. [6967]

Sonntag Frühfahrt um 7 Uhr mit Musikbegleitung, nachher stündlich bis 11 Uhr. Nachm. von 2 Uhr ab halbstündlich nach Oswitz, stündlich nach Schwedenschanze, und Waffelwitz. Die Direction. [3400]

Nicklas-Bräu. Feinstes Erlanger Export-Bier. Sommer-Ausschank dieses berühmten Bairischen Bieres, im Garten an der Promenade nächst der Ohlauer Thorwache. Vorzügliche Speisen in großer Auswahl zu jeder Tageszeit. Mittagstisch das Couvert 1,00 und 1,50 Mark. Carl Begale. [8140] Winter-Ausschank: Kugel-Ohle Nr. 2.

Vorzügliche Erdbeer- u. Pflirsich-Bowle. Knauth & Petterka, Weinhandlung, Ring 51. Fernsprecher 317. [3398]

Restaurant zum bl. Hirsch, Ohlauerstrasse 7, [8462] empfiehlt guten, fröhlichen Mittagstisch von 60 Pfg. ab, 5 Gänge 1 Mark. Abonnenten bevorzugt.

Im Sool- und Seebade Colberg finden Pensionäre während der Badezeit freundliche Aufnahme bei Rabbiner Dr. Goldschmidt. [6608]

Victoria-Brunnen Preisgekrönt Amsterdam 1883. Natürliches Mineralwasser. Oberlahnstein/Ems. Tafelgetränk. Sr. M. d. Königs d. Niederlande sowie vieler anderen fürstl. Häuser. Jahrl. Versandt über 4 Mill. Gefässe. Unübertroffen in vorzüglichem Geschmack und Heilwirkung auf Magen, Nerven etc., allseitig ärztlich empfohlen. Zur Vermischung mit Milch, Wein und Spirituosen sehr geeignet. Niederlage in Breslau bei N. G. Pauser, Hummerstr. 55, General-Vertreter für Schlesien und Posen. [2971]

C. Theuerling's Böttcherei in Brieg, Bez. Breslau, empfiehlt Biertransport-Gebinde und zwar 1/8, 1/4, 1/2, 1/1 hl ab Lager zur sofortigen Verladung zu zeitgemäß billigen Preisen. [3401]

Zeltgarten. Heute: Letztes Doppel-Concert von dem Saganer Stadtorchester unter Direction des Kgl. Musik-Directors a. D. Herrn Theubert und der Capelle des 2. Schlef. Gren.-Regts. Nr. 11. Capellmeister Herr Reindel. Anfang 7 Uhr. Entree im Garten 20 Pf., im Saale 30 Pf. [6976]

Tricot-Tailen, nur in gutem, haltbarem Tricot, vorzügliches Façon, 2,50, 3,00, 4,50, 5,50—6,50 M.

Tricot-Tailen, einfach und apart garnirt, von 3,00—15,00 M.

Tricot-Tailen und Blousen für Kinder. Tricot-Kleidchen und [6979]

Matrosenzüge bedeutend unter Preis.

Tricot-Stoffe, alle Farben — beste Qualität.

J. Fuchs junior, Ohlauerstrasse 16.

Elegante Kindergarderobe empfiehlt zu auffallend billigen Preisen die Tricot-Kleidchen-Fabrik nur Sonnenstrasse 32, I. links.

Ich bin zum Notar ernannt. [3397] Klotz, Rechtsanwalt in Striegau.

Impfung mit stets frischer antimaler u. humanisirter Lymphe Nachmittags von 3—4 Uhr. Dr. Simm, Carlstr. 21, II.

Dr. Emil Schlesinger. Amerikanische Zähne, Gebisse etc. Schmerzloses Plombiren. Am Rathause 14, II.

Neueste Methode! Künstl. Zähne u. Plomben, Beseitigung jed. Zahnschmerzes ohne Herausnehmen der Zähne. Alles Andere schmerzlos mit Lachgas u. Cocain. E. Kosche, Bitterbierhaus.

R. Peter, Dentist, Reuschstr. 1, I, Ecke Herrenstrasse. Zähne, Plomben, Zahnziehen etc.

Frau Cl. Berger, geb. Baok, Specialistin für Zahnleidende (nur für Damen und Kinder) Junferstr. 35, schrägüb. Perini's Cond.

Stettin. Hotel drei Kronen

Altrenommiertes Hotel ersten Ranges im Mittelpunkte der Stadt, in der Nähe der Bahnhöfe, Dampfschiffe, Börse, Hauptpost und des Telegraphenamtes. Verbunden mit dem Hotel ist ein sehr beliebtes Garten-Restaurant. Exacte Bedienung. Civile Preise. [6961] L. Popp.

Ein Student wünscht in Gymnasial-fächern Nachhilfe zu ertheilen. Gest. Off. unter Chiffre N. H. 44 Exped. der Bresl. Ztg. [8479]

Ein jung. M. (Kfm.), i. b. fein. jüd. Fam. gute Pension i. Centr. d. Stdt. Offert. sub J. 42 Exped. d. Bresl. Ztg.

Deutsche Industrie! Die Haupt-Niederlage der Rathenower opt. Fabriken Breslau, Albrechtsstr. 10, empfiehlt Rathenower doppelt achromatische Krimstecher, unübertrefflich z. genauen Erkennung weit entfernter Gegenstände, mit eleg. Etui u. Riemen, für die Reise 22 M. Diese Krimstecher sind in feiner Beziehung mit den gewöhnlich angepriesenen französl. zu vergleichen. Der Concurrenz wegen halte auch franz. Gläser auf Lager u. empf. diese mit Etui u. Riemen zu 13 M. 50 Pf. Adrom. Fernrohre in Metallfassung mit 6 der feinsten Gläser, zur genauen Erkennung meilenweit entfernter Gegenstände, 8 M. [6371]

Richard Fiedler, Optiker, Albrechtsstr. 10, 2. Viertel v. Ringe.

Sommerkleider werden sehr gut sitzend, nach neuesten Modellen schnellstens bei soliden Preisen angefertigt bei [8317] Frau Friedländer, Blücherpl. 11, 3. Et.

Ulmer Dombau-Lose à M. 3.—, 5 St. M. 14.—, 11 St. M. 30. Haupttr.: M. 75 000, Zieh. 20. Juni bei Carl Krauß, München.

Wand-Glasur, beste und billigste Anstrichfarbe, namentlich für innere Räume, ist billiger als Delfarbe, trocknet sehr rasch und sieht sehr elegant aus. Preis pro Kilo 80 Pf. 1 Kilo genügt zum 2maligen Anstrich von 3 □-Mtr. Fläche. [6437]

Anerkennungen: Brieg, den 21. Januar 1887. Ew. Wohlgeboren erlaube ich mir mitzutheilen, daß ich mit der im Laufe des vorigen Jahres entnommenen Wandglasur recht zufriedenstellende Erfolge gehabt habe, indem ich dieselbe zum Anstrich von Mauerwerk u. Holztheilen verwandte. Dieselbe ist billig, trocknet sehr schnell und behält lange einen schönen Glanz. Ich kann die Anwendung derselben Jedem bestens empfehlen. Graf Schaffgotsch, Rittmstr. a. D. Ferner: von Hrn. Baurath v. Tenge in Jever, = Frau Oberin des Klosters zum „guten Hirten“ in Breslau, = Herrn Director Paar, Lösspich bei Bolkenhain, = Herrn Edmund Schubert, Lauban, = Herrn F. Lange, Breslau, = Militär- und Bautechnischen Behörden u. s. w. u. s. w. M. Köhler, Schweidnitz, Chemisches Fabrik-Geschäft.

„Wilhelmshütte“, Actien-Gesellschaft für Maschinenbau und Eisengiesserei, Eulau-Wilhelmshütte u. Waldenburg in Schl. Locomobilen von 2 bis 100 Pferdekräften mit geschweissten und ansiehbaren Röhrenkesseln in vorzüglicher Ausführung. Compound-Locomobilen insbesondere für elektrische Beleuchtung. Die gangbarsten Grössen, besonders für landwirthschaftliche Zwecke, stets auf Lager. Dampf-Dreschmaschinen. Dampfmaschinen mit zwangsläufiger Ventilsteuerung. Patent-Kuchenbecker, sowie alle anderen Systeme. Dampfkessel, Transmissionen nach Sellers, stehend gegossene gusseiserne Muffen- und Flanschenröhren. Handelsguss, Poterien. Generalagentur und Comptoir: H. Grunow, Breslau, Matthiasstrasse 94. Fernsprech-Anschluss in Breslau und mit dem oberschlesischen Industrie-Bezirk Nr. 288.



„Anglo Silesia“, Velociped-Dep. Breslau, Partiergarten, liefert berühmte Coventry Zwei- u. Dreiräder für Erwachsene u. Kinder. Preisl. gratis. — Ratenzahlung. Unsere Radfabrik-schule Markthalle am Christophoripl. ist tägl. 12—10 Uhr geöffnet. Zweiradfahren bei uns in einer Stunde erl.

Reiche Heiraths-Partien, jedoch nur solche und der besseren Stände, vermittelt streng reell u. discret Adolf Wohlmann, leht nur Carlstr. 6, II., Breslau. Langjährige Praxis auf diesem Gebiete. Adresse erbitte genau. [6810]

Ein junger Beamter, 30 Jahre alt, stattl. Erscheinung, aus guter, kath. Familie, mit Vermögen und einem nachweisl. jährl. Eink. von 3500 M., dem es an Damenbekanntschaft fehlt, sucht den Verkehr mit einer jungen Dame, gleicher Confession, aus guter Familie, behufs Verheirathung. Ernstgemeinte Briefe, möglichst mit Photographie, unter Angabe der Verhältnisse, nicht anonym, an die Exped. der Breslauer Zeitung unter J. L. 36 erbeten. [8433] Discretion Ehrensache.

Behufs Verheirathung er sucht ein junger Mann auf dem Lande, Mangel's Damen-Bekanntschaft, junge Damen um gest. Adresse nebst Photographie unter S. W. 40 an die Exped. d. Bresl. Ztg. zu Breslau. Discretion auf Ehrenwort. [6965]

Bekanntmachung. Im Firmen-Register hier ist bei Nr. 118 die Firma [6955] Albert Getzel,

ferner im Procuren-Register hier bei Nr. 16 die Procura des Rudolf Gezel heute gelöst und im Gesellschafts-Register hier unter Nr. 53 die Firma

Albert Getzel zu Lissa i. P. mit folgenden Rechtsverhältnissen: die Gesellschafter sind die Kaufleute Ludwig Gezel und Siegfried Gezel zu Lissa i. P.

Die Gesellschaft hat am 1. Juni 1887 begonnen, heute eingetragen worden. Lissa i. P., den 6. Juni 1887. Königliches Amts-Gericht.

Der Wollmarkt in Güstrow beginnt in diesem Jahre am Donnerstag, den 23. Juni, an welchem Tage, als am Haupttage, das ganze zum Verkauf kommende Quantum gelagert ist. [1553]

Güstrow, den 9. März 1887. Bürgermeister und Rath.

Für Hautkrankheiten. Flieger, Altbücherstr. 31, I. Et., Sprechst. b. 8 Uhr Abds. Ausw. briefl.

Wilh. Ermler, Kgl. Hoflieferant, Schweidnitzerstr. 5.

Bekanntmachung. Die am 1. Juli dieses Jahres fälligen Zinsen von Berliner Stadt-Obligationen und Anleihen werden vom 15. Juni cr. ab von dem Bankhause Jacob Landau in Breslau gezahlt. Berlin, den 6. Juni 1887. [6974]

Magistrat hiesiger königlichen Haupt- und Residenzstadt. (gez.) Duncker.

Bekanntmachung. Auf Grund des § 7 unseres Genossenschaftsstatuts werden die Mitglieder der Schlesischen Textil-Berufsgenossenschaft zu der am Sonntag, den 25. Juni 1887, Nachmittag 3 Uhr, in Breslau, im kleineren Saale der neuen Börse, Graupenstrasse, stattfindenden

General-Versammlung ganz ergebenst eingeladen.

Auf der Tagesordnung stehen folgende Gegenstände: 1) Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung pro 1886 und Wahl eines aus drei Mitgliedern bestehenden Ausschusses zur Vorprüfung der Jahresrechnung pro 1887. 2) Neuwahl von drei Vorstandsmitgliedern. Zufolge Auslosung scheiden aus: Commerzienrath Kauffmann, Fabrikbesitzer Methner und Fabrikbesitzer Fr. Dierig jr. Die Ausgeschiedenen sind wieder wählbar. 3) Rundschreiben des Reichs-Versicherungsamts vom 28. April 1886 — R. V. A. I 7671 — betr. Verminderung der Zahl der Genossenschafts-Vorstandsmitglieder. 4) Erziehung für die gemäß § 47 Abs. 6 U. V. G. ausscheidenden Schiedsgerichtsmitglieder und deren Stellvertreter (Vergl. § 6 Abs. 2 Gen.-Stat.). 5) Beschlussfassung über die zu erlassenden Unfall-Versicherungs-Vorschriften (§ 6 Nr. 10 Gen.-Stat.). Zur Legitimation der Mitglieder dient der Mitgliedschein. Lassen sich Mitglieder der Genossenschaftsversammlung durch Bevollmächtigte vertreten, so haben die Letzteren sich durch schriftliche Vollmachten zu legitimiren. Abwesende Betriebs-Unternehmer können sich durch stimmberechtigte Berufsgenossen oder durch einen bevollmächtigten Leiter ihres Betriebes vertreten lassen. Die Legitimation der Mitglieder und Bevollmächtigten wird von dem Vorstande geprüft. Im Falle einer Beanstandung der Legitimation seitens des Vorstandes, entscheidet die Versammlung über die Zulassung. [3390] Breslau, den 4. Juni 1887.

Der Vorstand der Schlesischen Textil-Berufsgenossenschaft. (gez.) Dr. E. Websky.

B. K. R. Für die Reise, Bad, Sommerfrische empfehlen wir unsere anerkannt vorzüglichen Mörkaffee's (auch gemahlen) und Thee's, welche, in chemisch reiner Zimtfolie verpackt, viele Wochen lang Kraft und Aroma bewahren. Ferner vorrätig beste Fabrikate Cacao, Koch- u. Eß-Chocolade, Biscuits etc. zu billigsten en gros-Preisen.

Breslauer Kaffee-Rösterei Otto Stiebler. Centrale: Schweidnitzer-Str. 44, Eingang Ohle 4, Filiale I: Neue Schweidnitzer-Str. 6, Filiale II: Renmarkt 18, Filiale III: Grabhüner-Str. 1, Ecke Sonnenplatz. Special-Geschäft für Kaffee, Zucker u. Thee. Neues Anerkennungs-Schreiben. Ihr schnelltrocknender Fußbodenglanzlad ist vorzüglich schön in Deckkraft und Glanz und vor Allem billig. Paul Schrödter, Haus-Administrator und Subdirector. [6649] E. Stoermer's Nachflg., F. Hoffschildt, Ohlauerstr. 24/25.

